

- |  |   |
|--|---|
| <b>2 Acht widerlegte Mythen zum Atomverbotsvertrag</b> | <b>14 100 Jahre Arthur Villard – ein bewegtes Leben</b> |
| <b>5 Trumps Kehrtwende in Afghanistan</b>              | <b>20 Zwei Briefe von und an Niklaus von Flüe</b>       |
| <b>8 Berg-Karabach: Mythos der Unbesiegbarkeit</b>     | <b>24 Sanktionen: Mehr als Worte, weniger als Krieg</b> |
| <b>12 Eine Schweiz-Armenierin auf Spurensuche</b>      | <b>26 Das Friedensgutachten 2017</b>                    |

Ein wichtiger Schritt zur weltweiten Ächtung der Atomwaffen

## Vertrag für ein Atomwaffenverbot

Am 7. Juli 2017 hat die UNO-Generalversammlung mit 122 Ja-Stimmen, bei einer Neinstimme (Niederlande) und einer Enthaltung (Singapur), den «Vertrag über das Verbot von Kernwaffen» gutgeheissen. Allerdings hatten 71 Mitgliedsländer an der Abstimmung nicht teilgenommen, darunter sämtliche Atomwaffenmächte (offizielle und infoffizielle) und praktisch alle NATO-Staaten, aber auch Australien, Finnland, Japan, Kanada, Nicaragua und die Ukraine.

/ Ruedi Tobler /

Südamerika hat geschlossen für den Vertrag gestimmt, Lateinamerika insgesamt mit drei Ausnahmen. In Afrika stimmten 44 von 56 Staaten für den Vertrag, in Asien 30 von 42 Nicht-Atomwaffenstaaten, in Ozeanien 10 der 14 Staaten. 18 der 22 Mitglieder der Arabischen Liga stimmten dafür, ausserdem der Iran. Wobei fraglich ist, wie viele der abwesenden Staaten (Komoren, Libyen, Somalia, Syrien) ihre Vertretung in der Generalversammlung der UNO überhaupt wahrnehmen können. Weltweit gibt es also eine breite Unterstützung für den Vertrag.

Mit dem Vertrag ist die Grundlage für die völkerrechtliche

Ächtung der Atomwaffen geschaffen. Mit der Zustimmung zur Resolution der UNO-Generalversammlung hat sich allerdings noch kein Staat auf den Vertrag verpflichtet. Ab dem 20. September liegt er zur Unterzeichnung auf, worauf die Staaten nach ihrem Recht das Beitritts- oder Ratifikationsverfahren durchführen müssen. Drei Monate nach dem Beitritt des fünfzigsten Staates tritt der Vertrag in Kraft.

### Zögerliche Schweiz

Nach anfänglichem Zögern hat sich die Schweiz aktiv an der Ausarbeitung des Vertrags beteiligt und ihm am 7. Juli auch zugestimmt. Das bedeutet aber nicht automatisch, dass die Schweiz dem Verbotsvertrag auch beitreten wird. Das muss nicht nur der Bundesrat wollen (ob dies mit dem Nachfolger von Bundesrat Burkhalter gegeben ist, wird sich zeigen müssen), sondern dazu

braucht es auch eine Mehrheit in National- und Ständerat. Es kommt also eine gehörige Portion Lobbyarbeit auf uns zu. Dies umso mehr, als es durchaus gewichtige kritische Stimmen zum Vertrag gibt. Wie der Zürcher *Tages-Anzeiger* am 10. Juli berichtete, übte die Schweizer Botschafterin in einem Statement vor der Abstimmung erhebliche Kritik am Abkommen: «Es unterminiere den bestehenden Atomwaffensperrvertrag und gehe bei den Normen für ein Weitergabeverbot von Atomwaffen und ihrer Vernichtung zu wenig weit, so die Botschafterin.»

### Acht Mythen zum Vertrag widerlegt

Bereits in der Mai/Juni-Ausgabe 2017 der Zeitschrift *Internationale Politik* hat der Leiter des Center for Security Studies an der ETH Zürich, Oliver Thränert, einen kritischen Artikel publiziert: «Richtiges Ziel, falscher Weg – ein Kernwaffenverbot würde die Welt nicht sicherer machen». Ohne Bezug auf den Artikel zu nehmen, hat die internationale Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen, *I can Switzerland*, auf ihrer Website eine Entgegnung publiziert: «Acht Mythen widerlegt», ebenfalls vor



dem Abschluss des Vertrags. Wir drucken hier eine Version dieses Textes ab, den wir nach dem Abschluss des Vertrags aktualisiert haben.

Weiter bringen wir eine Zusammenfassung des Inhalts der Verbotsvertrags, da der Wortlaut sehr umfangreich ist. Dieser kann von der Website des deutschen Übersetzungsdienstes der UNO heruntergeladen werden: [www.un.org/Depts/german/conf/a-conf-229-17-8.pdf](http://www.un.org/Depts/german/conf/a-conf-229-17-8.pdf). Das ist allerdings noch keine «konsolidierte», das heisst von den deutschsprachigen Ländern (Deutschland, Österreich, Schweiz) vereinbarte Übersetzung.

Und schliesslich publizieren wir ein «Grusswort aus Heiden» an die Hiroshima-Gedenkveranstaltung am 6. August 2017 in Wien, das fünf Institutionen und Organisationen gemeinsam gesendet haben. Wir sind stolz, dieses Grusswort initiiert zu haben.

## FRIEDENSZEITUNG

*Herausgegeben* vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, [info@friedensrat.ch](mailto:info@friedensrat.ch), [www.friedensrat.ch](http://www.friedensrat.ch) PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich.

*Redaktion/Layout:* Peter Weishaupt. Mitarbeit: Andreas Zumach, Virpi Luoma, Michael Wrase, Manuschak Karnusian, Johannes Schleicher, Michael Brzoska, Monika Stocker, Ican, Ruedi Tobler.

*Korrektur:* Liliane Studer.

*Bilder:* Titelseite: zVg; Seite 7: Virpi Luoma; Seite 9: Michael Wrase; Seite 11: Virpi Luoma; Seite 13: Film-Standbild; Seite 14/15: Jeanne Chevalier; Seite 20 und 22: Hugo Imfeld, Trägerverein «600 Jahre Niklaus von Flüe»; Seite 32: Michael Wrase.

*Druck:* gdz AG, Zürich

*Auflage:* 2000 Ex., September 2017

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492

# Acht Mythen widerlegt

## 1. «Ein solcher Vertrag ist unrealistisch.»

□ Die überwiegende Mehrheit der Staaten hat sich im Dezember 2016 für die Aufnahme von Verhandlungen über einen Atomwaffenverbotsvertrag ausgesprochen. Zwei Verhandlungsrunden haben vom 27. bis 31. März und vom 15. Juni bis 7. Juli 2017 stattgefunden, mit erfolgreichem Abschluss.

□ Ein rechtlich verbindliches Übereinkommen, das Atomwaffen verbietet, kann von interessierten Staaten ausgehandelt werden. Sein Erfolg hängt nicht von der Unterstützung oder der Beteiligung eines bestimmten Staates oder einer bestimmten Staatengruppe ab.

## 2. «Er würde den Atomwaffensperrvertrag unterwandern.»

□ Artikel VI des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Atomwaffensperrvertrag) verpflichtet alle Mitgliedstaaten dazu, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Massnahmen zur Beendigung des atomaren Wettrüstens in naher Zukunft und zur atomaren Abrüstung. Ein Verbot von Atomwaffen würde helfen, diese zentrale Bestimmung des Atomsperrvertrages umzusetzen. Wie der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen wird der künftige Verbotsvertrag den Atomsperrvertrag ergänzen.

□ Anhaltende Investitionen in den Fortbestand und die Modernisierung von Atomwaffen sowie die Weigerung der Atomwaffenstaaten und deren Verbündeten, wirksame Massnahmen zu ergreifen, um ihre Abhängigkeit von Atomwaffen zu beenden, stellen die grössten Bedrohungen für die Zukunft des Atomsperrvertrages dar.

## 3. «Die sicherheitspolitischen Voraussetzungen sind nicht günstig.»

□ Die gegenwärtige Sicherheitslage unterstreicht, dass Fortschritte auf dem Gebiet der atomaren Abrüstung unbedingt und dringend nötig sind. Der eigentliche Zweck eines Verbotsvertrags ist es, günstige Bedingungen für die Abrüstung und die Sicherheit zu schaffen.

□ Die rechtliche Verpflichtung, atomare Abrüstungsmassnahmen zu treffen, besteht unabhängig davon, ob die Sicherheitslage «günstig» ist.

□ Es ist unlogisch, die Realisierung einer atomwaffenfreien Welt oder die Erreichung eines «Minimierungspunktes» (das heisst, wenn es nur noch sehr wenige Atomwaffen gibt) abzuwarten, um Verhandlungen über ein Verbot von Atomwaffen aufzunehmen. Das Recht zielt darauf ab, Wandel zu fördern, nicht die Lösung eines Problems zu billigen.

## 4. «Es wäre unmöglich, die Einhaltung des Vertrags zu verifizieren und dessen Umsetzung zu gewährleisten.»

□ Wie die UN-Arbeitsgruppe für nukleare Abrüstung (OEWG) festgehalten hat, ist der beschlossene Vertrag eine Zwischen- oder Teilmassnahme. Über Mechanismen zur Verifikation der Vernichtung von atomaren Sprengköpfen wird erst später verhandelt werden. Diesbezüglich unterscheidet sich ein rechtlich verbindliches Instrument, das Atomwaffen verbietet, von einer umfassenden Atomwaffenkonvention. Ein Verbotsvertrag zielt nicht darauf ab, sofort ein umfangreiches Regelwerk zur Beseitigung von Atomwaffen zu schaffen.

## 5. «Ein solcher Vertrag wäre nicht genügend detailliert.»

□ Die Atomwaffenstaaten hatten hinreichend Gelegenheit, eine umfassende Atomwaffenkonvention zu verhandeln, sei es in der Abrüstungskonferenz oder in einem anderen Rahmen. Ausserdem stellen sich viele von ihnen gegen eine solche Massnahme.

□ Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, können sich weiterhin für eine umfassende Atomwaffenkonvention einsetzen und zwischenzeitlich den Verbotsvertrag unterstützen.

## 6. «Die Verhandlungen lenken von anderen Abrüstungsbestrebungen ab.»

□ Das Zustandekommen des Verbotsvertrags zeigt, dass damit andere Initiativen nicht beeinträchtigt werden, die auf atomare Abrüstung abzielen, wie etwa der seit langem vorgeschlagene Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Atomwaffen.

□ Multilaterale Abrüstungsverhandlungen sind seit mehr als zwei Dekaden

# Grusswort aus Heiden

Heiden im Appenzeller Vorderland, hoch über dem Bodensee, ist eine relativ kleine Gemeinde. Das hindert sie nicht an einer historischen Verbindung mit dem internationalen Genf – durch den Gründer des Roten Kreuzes und Friedensnobelpreisträger Henry Dunant, der seinen Lebensabend von 1887 bis 1910 im Biedermeier-Dorf verbrachte. Heiden pflegt diese Beziehung mit dem Dunant-Museum und vielfältigen Anlässen.

Diese Aktivität wurde belohnt von der Universität Nagasaki, die dem Dunant-Museum 2009 eine «Peace-Bell» geschenkt hat. Das ist eine Kopie der Angelus-Glocke in der Urakami-Kirche, die beinahe unbeschädigt den Atombomben-Abwurf auf Nagasaki überstanden hat. Seither führen die unterzeichnenden Institutionen und Organisationen regelmässig am 9. August einen Gedenk Anlass durch, bei dem um 11.02 Uhr die Peace-Bell geläutet wird.

Wir entbieten Euch solidarische Grüsse zu den Gedenkveranstaltungen für Hiroshima am 6. August und für Nagasaki am 9. August. Wir freuen uns mit Euch, dass die Initiative von Österreich und vier weiteren Staaten am 7. Juli 2017 zur Annahme des «Vertrags über das Verbot von Kernwaffen» durch die UNO-Generalversammlung geführt hat. IKRK-Präsident Peter Maurer freute sich

über den Beschluss; er sei ein historischer Schritt um den Atomwaffen die letzte Legitimation zu entziehen, womit eine entscheidende Grundlage für ihre künftige Beseitigung geschaffen worden sei.

Nach anfänglichem Zögern hat sich die Schweiz auch aktiv an den Verhandlungen beteiligt und am 7. Juli für den Vertrag gestimmt. Das bedeutet aber nicht automatisch, dass die Schweiz dem Verbotsvertrag auch beitreten wird. Dafür ist noch Lobbyarbeit notwendig, an der wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten beteiligen werden. Dies wird in erster Linie die Aufgabe von SFR und PSR/IPPNW sein.

Wir hoffen, in einer der nächsten Grussbotschaften von der Ratifikation des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen durch die Schweiz berichten zu können. Jetzt aber freuen wir uns mit Euch, dass der Beschluss der UNO-Generalversammlung am 7. Juli möglich geworden ist.

**Gemeinde Heiden**, Gallus Pfister, Gemeindepräsident;  
**Dunant Museum**, Norbert Näf, Präsident;  
**Verein Dunant2010+**, Hansjörg Ritter, Präsident;  
ÄrztInnen für soziale Verantwortung und zur Verhütung eines Atomkrieges **PSR/IPPNW Schweiz**, Dr. med. Urs-Peter Frey, Delegierter der Regionalgruppe Ostschweiz;  
**Schweizerischer Friedensrat SFR**, Ruedi Tobler, Präsident.



## Kongress vom 14. bis 17. September 2017 an der Universität Basel

*Einladung zu den Eröffnungsveranstaltungen am Donnerstag 14. September*

Wir dürfen u.a. Alt-Bundesrat *Moritz Leuenberger* begrüßen sowie die Gründerin der Oxford Research Group, *Scilla Elworthy*, die bereits drei mal für den Friedensnobelpreis nominiert wurde. Musikalische Begleitung: Basel Vokalensemble. Die Vorträge sind in deutsch oder englisch.

Ganzes Programm: [www.ippnw.ch](http://www.ippnw.ch)

15.00 – 17.00 Uhr: Hörsaal 001:  
**Impact of Nuclear Politics on Future Generations / Einfluss der Atompolitik auf künftige Generationen**  
mit Dr. Helen Caldicott, Prof. Dr. iur. Emilie Gaillard, Dr. Scilla Elworthy.

18.15 – 20.00 Uhr, Aula:  
Nuclear Hotspots & Crimes in the Distance / **Verbrechen im Nuklearzeitalter: verschwiegen, vergessen ... nur nicht von den Opfern!**

## Editorial

### Stehen wir vor einem aussenpolitischen Winter?

*In rund drei Wochen, am 20. September, wird der Nachfolger von Bundesrat Didier Burkhalter gewählt. In den Vordergrund der Diskussionen in der Öffentlichkeit wird dabei die regionale Vertretung gerückt (Tessin oder noch stärkere Vertretung der Romandie). Dabei handelt es sich aller Voraussicht nach um eine Richtungswahl. Von den drei Kandidierenden hat sich niemand für die Weiterführung der weltoffenen Aussenpolitik Burkhalters und seine liberale Gesellschaftspolitik ausgesprochen. Aller Voraussicht nach wird also im November der Bundesrat insgesamt deutlich nach rechts rücken, was die Schweizer Aussenpolitik deutlich beschädigen könnte. Welchen Stellenwert werden zivile Friedensförderung, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit dann noch haben?*

*Es ist kaum zu glauben, wie die Neue Zürcher Zeitung das Werk von Bundesrat Burkhalter kleinmacht und schlechtredet, nur damit es bei den Diskussionen um die Bundesratswahl keine Rolle spielt. Dabei verdankt ihm nicht nur die Schweiz viel, sondern auch Europa und die ganze Welt. Es war wohl nicht reiner Zufall, dass Burkhalter 2014 Bundespräsident war, als die Schweiz zum zweiten Mal den Vorsitz der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit) übernehmen durfte. Aber es war nicht vorauszusehen, dass dieses Jahr für die OSZE zur grossen Bewährungsprobe wurde, mit der Ukraine-Krise und der Annexion der Krim durch Russland. Burkhalter und sein Diplomaten team sind dabei über sich hinausgewachsen und haben viel dazu beigetragen, dass die durch das Konsensprinzip handicapierte OSZE eine bestimmende, deeskalierende Rolle spielen konnte.*

*Es ist anzunehmen, dass dies ausschlaggebend dafür gewesen ist, dass Botschafter Thomas Greminger, 2014 Vertreter der Schweiz bei der OSZE in Wien, im Juli zum neuen Generalsekretär der OSZE gewählt worden ist. Wir gratulieren ihm auf diesem Weg herzlich zu dieser verdienten Wahl! Zumindest auf der internationalen Ebene wird die konstruktive Rolle der Schweizer Aussenpolitik weitergehen, auch wenn der Rücktritt von Bundesrat Burkhalter zu einem Backlash in der Schweizer Aussenpolitik führen dürfte – selbst wenn durch personelle Rochaden SP-Mann Alain Berset neuer Aussenminister werden sollte.*

Ruedi Tobler

# Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen vom 7. Juli 2017

blockiert wegen des Widerstandes der Atomwaffenstaaten. Die Aufnahme von Verhandlungen über einen Verbotsvertrag kann einen Ausweg aus dieser Sackgasse bieten.

## 7. «Der Vertrag wäre wirkungslos.»

□ Der grosse Widerstand der Atomwaffenstaaten gegen einen Verbotsvertrag legt nahe, dass dieser einen erheblichen Einfluss auf ihre Politik und militärischen Praktiken hätte, auch wenn sie dem Vertrag nicht beitreten sollten.

□ Ein Atomwaffenverbotsvertrag wird zur fortschreitenden Stigmatisierung von Atomwaffen beitragen. Die Erfahrung zeigt, dass das Verbot einer Waffengattung Fortschritte im Hinblick auf deren Beseitigung fördert.

□ Angesichts des starken öffentlichen Widerstandes gegen Atomwaffen in den meisten Ländern scheint es wahrscheinlich, dass viele Staaten, die heute vorgeben, durch Atomwaffen «geschützt» zu sein, schlussendlich einem Verbotsvertrag beitreten werden.

## 8. «Die Beteiligung der Atomwaffenstaaten ist unabdingbar.»

□ Es stimmt, dass die Beteiligung der Atomwaffenstaaten an Verhandlungen über die Vernichtung der atomaren Arsenale nötig ist. Allerdings hält dies Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, nicht davon ab, ohne die unmittelbare Unterstützung der Atomwaffenstaaten einem Verbotsvertrag zuzustimmen, der die internationale Norm gegen Atomwaffen stärkt.

□ Die Atomwaffenstaaten haben es seit Langem versäumt, ernsthafte Anstrengungen zu unternehmen, um ihre Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen. Wir können es uns nicht leisten, einer widerstrebenden Minderheit von Staaten ausgeliefert zu sein. Es ist Zeit, dass die atomwaffenfreien Staaten das Ruder übernehmen und Druck für das Atomwaffenverbot machen.

□ Wenn die Atomwaffenstaaten dem Vertrag fernbleiben, ist das Ziel, sie davon zu überzeugen, dem Vertrag später beizutreten, wenn sie sich auf eine ausgewogene Abrüstung geeinigt haben. Der Atomwaffenverbotsvertrag muss dann durch zusätzliche Vereinbarungen ergänzt werden, einschliesslich Massnahmen zur Verifikation der Vernichtung von Lagerbeständen.

## Präambel

– Verantwortung aller Staaten, eine globale humanitäre Katastrophe durch Kernwaffen zu verhindern.

– Sicherheit, Umweltsanierung, Ernährungssicherheit und Gesundheit für heutige und künftige Generationen.

– Hilfe für Opfer von Kernwaffen; Auswirkungen auf indigene Völker.

– Bestehende Abkommen: humanitäres Völkerrecht, Nichtverbreitungsvertrag, umfassender Teststoppvertrag, kernwaffenfreie Zonen, Verifikation von Nuklearversuchen, Kernenergie für friedliche Zwecke.

– Perspektiven: allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle; unumkehrbare, verifizierbare und transparente Beseitigung von Kernwaffen; dauerhafter Frieden und nachhaltige Sicherheit; Beteiligung von Frauen und nichtstaatlichen Organisationen; Friedens- und Abrüstungserziehung; Aufklärung über Folgen eines Kernwaffeneinsatzes.

## Zentrale Regelungen

– Umfassendes Verbot, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper zu entwickeln, zu erproben, zu erzeugen, herzustellen, auf andere Weise zu erwerben, zu besitzen oder zu lagern, einzusetzen oder ihren Einsatz anzudrohen.

– Verpflichtung, keine Kernwaffen oder die Verfügungsgewalt darüber weiterzugeben, diese anzunehmen, jemanden dabei zu unterstützen oder ihre Stationierung, Aufstellung oder Dislozierung im eigenen Hoheitsgebiet zu gestatten.

– Pflicht von Vertragsstaaten im Besitz von Atomwaffen, deren Einsatzbereitschaft zu beenden und sie überprüfbar, zeitlich gebunden, transparent und unumkehrbar zu vernichten.

– Keine Unterstützung verbotener Handlungen und keine Beteiligung an Vorbereitungen für Einsatz, Entwicklung oder Herstellung von Atomwaffen.

## Implementierung

– Meldungen über Besitz, Verfügungsgewalt und Kontrolle von Kernwaffen; Beseitigung und Konversion von Kernwaffeneinrichtungen.

– Sicherungsmassnahmen der Internationalen Atomenergieorganisation; umfassendes Sicherheitsabkommen.

– Irreversible Beseitigung und Konversion kernwaffenrelevanter Einrichtungen; Vernichtung von Kernwaffenpotenzialen in Vertragsstaaten, mit Zeitplan und Verifizierung.

– Keine nicht friedliche Abzweigung gemeldeten Kernmaterials; keine nicht gemeldeten Kernmaterialien oder nuklearen Tätigkeiten.

– Innerstaatliche Umsetzung, mit Verhängung von Strafen.

– Recht auf technische, materielle und finanzielle Hilfe anderer Vertragsstaaten.

– Hilfe für Opfer von Kernwaffeneinsätzen oder -versuchen und Umweltsanierung kontaminierter Gebiete.

– Übernahme der Kosten für Verifikation, Vernichtung und Umstellung von Kernwaffeneinrichtungen von den betreffenden Vertragsstaaten.

– Änderungen des Vertrags; Beilegung von Streitigkeiten durch Verhandlungen oder andere friedliche Mittel.

## Weitere Schritte

– Der Vertrag wurde mit 122 Ja-Stimmen verabschiedet, liegt ab 20. September 2017 zur Unterzeichnung auf und tritt in Kraft nach Ratifizierung durch fünfzig Staaten.

– Der Ratifizierungsprozess bietet die Möglichkeit zu Debatten in Parlamenten und die Einbindung in nationale Gesetze mit weiteren Massnahmen (z.B. Verbot der Finanzierung von Atomwaffen oder Schutz von Whistleblowing).

– Erstes Treffen der Vertragsstaaten innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Vertrages und Folgetreffen alle zwei Jahre.

– Ermutigung von Nicht-Vertragsstaaten, die Implementierung des Vertrages zu unterstützen und diesem beizutreten.

– Berichte und Entscheidungen auf Vertragsstaaten- und Überprüfungskonferenzen über Umsetzung und Erweiterung der Verpflichtungen (Zusatzprotokolle).

– Einrichtung einer internationalen Behörde für Beseitigung, Konversion und Verifikation von Kernwaffen.

Diese Zusammenstellung stammt aus der August-Ausgabe 2017 der deutschen Zeitschrift *Wissenschaft und Frieden W&F* mit dem Schwerpunkt «Vom Atomwaffenverbot zur atomwaffenfreien Welt». [www.wissenschaft-und-frieden.de](http://www.wissenschaft-und-frieden.de)

# Terroristen töten oder Bodenschätze ausbeuten?

Ende August 2017 machte US-Präsident Donald Trump eine Kehrtwende um 180 Grad. Er verkündete eine von seiner Administration als «neu» verkaufte Strategie der USA in Afghanistan.

/ Andreas Zumach /

Der Präsident überraschte seine WählerInnen mit der Absicht, die Zahl der am Hindukusch stationierten US-Soldaten von 8400 auf über 12'000 zu erhöhen. Um das dortige «Drehkreuz für Terroristen zu zerstören», müsse der Kampf gegen Al-Kaida und die Terrormiliz «Islamischer Staat» verschärft und eine Übernahme des Landes durch die Taliban aktiv verhindert werden», erklärte Trump. Von nun an werde Sieg klar so definiert: «Unsere Feinde angreifen, den IS auslöschen, Al-Kaida zerquetschen, die Taliban davon abhalten, Afghanistan zu übernehmen, und Terroranschläge gegen Amerika verhindern, bevor sie geschehen.»

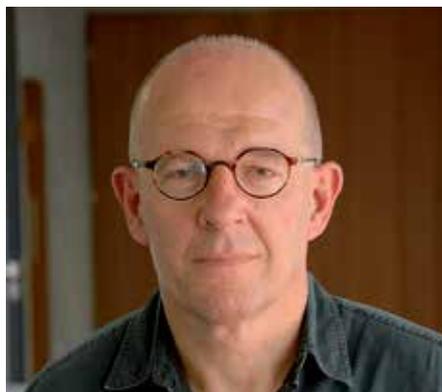
## Welche Motive hat Trump?

Für den Einsatz werde es keine zeitlichen Vorgaben mehr geben. «Amerikas Feinde dürfen nicht glauben, dass sie unsere Pläne kennen oder einfach abwarten können, bis wir gehen. Wir werden nicht wieder Staatsaufbau betreiben – wir werden Terroristen töten.» Überraschend kam diese Ankündigung einer neuen Eskalation des Krieges und der Verstärkung der US-Truppen, weil Trump während seines gesamten Präsidentschaftswahlkampfes in den Jahren 2015/16 das militärische Engagement der USA in Afghanistan immer scharf kritisiert und für den Fall seines Wahlsieges den sofortigen Abzug aller US-Truppen versprochen hatte. «Wenn man aber hinter dem Schreibtisch des Oval Office sitzt und Entscheidungen treffen muss, stellen sich die Dinge oft anders dar», begründete der Präsident seinen Sinneswandel.

Diese Erklärung klingt wenig glaubwürdig. Zumal die grossspurig verkündete neue Strategie tatsächlich nicht

neu ist, sondern lediglich ein militärisch leicht eskaliertes «Weiter so» im seit nunmehr über 16 Jahren währenden und längst gescheiterten «Krieg gegen den Terrorismus». Staatsaufbau, den Trump jetzt beenden will, haben die USA in Afghanistan ohnehin nie betrieben. Und die in den letzten Jahren von US-Truppen durchgeführte Ausbildung afghanischer Armee- und Polizeikräfte hat – bei gleichzeitig fortgesetzter Unterstützung Washingtons für die korrupte Präsidentschaft in Kabul sowie fortgesetzte Kooperation mit bestimmten Warlords – auch nicht zur Stabilisierung des Landes beigetragen.

Welche Motive stecken dann tatsächlich hinter Trumps Kehrtwende? Vieles deutete darauf hin, dass für diese Entscheidung des US-Präsidenten die reichen Bodenschätze Afghanistans ausschlaggebend waren. Das Land am Hindukusch verfügt im Norden über grosse Erdöl- und Erdgasfelder. Von noch grösserem Interesse für die USA dürfen die erheblichen Vorräte Afghanistans an den begehrten Seltenen Erden, an Gold, Silber, Kupfer, Kobalt, Eisen, Chrom, Uran, Bauxit und vielen andern Metallen sein. Trump habe sich vom korrupten Präsidenten Afghanistans, Ashraf Ghani, überzeugen lassen, dass das Land am Hindukusch eines der rohstoffreichsten Länder sei, in dem US-Konzerne riesige Geschäfts-



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen in Genf und regelmässiger FRIEDENSZEITUNGS-Autor.

möglichkeiten hätten, berichtete Ende Juli die *New York Times* in einem Artikel, aus dem die Online-Plattform *Infosperber* einige Auszüge zitiert.

## Rohstoffe für eine Billion Dollar?

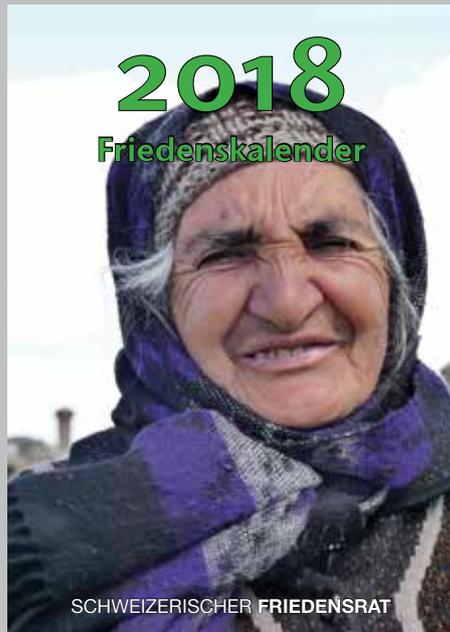
Nach Darstellung der *New York Times* habe Gahni Trump zugesagt, dass US-Konzerne in Afghanistan Rohstoffe im Wert von einer Billion (1000 Milliarden) US-Dollar ausbeuten könnten. Besonders interessant für US-Unternehmen sind Seltene Erden, die für Akkus aller Art, Leuchtstoffröhren, Turbinen oder in der Radiologie gebraucht werden. Diese kostbaren Edelmetalle müssen bislang fast sämtlich aus China bezogen werden, auf dessen Territorium über 80 Prozent der bislang weltweit bekannten und erschlossenen Vorkommen liegen. Der US-Unternehmer Michael N. Silver, dessen Firma «American Elements» auf Seltene Erden spezialisiert ist, habe bei drei engsten Beratern Trumps lobbiiert, berichtete die *New York Times*. Ein grosses Geschäft habe auch Milliardär Stephen A. Feinberg in Aussicht, Besitzer der Rüstungsfirma «DynCorp International». Diese «Contractor»-Firma würde laut NYT damit beauftragt, die Ausbeutung der Minen paramilitärisch zu bewachen. Auch Indien, Kanada, Arabische Emirate und andere Länder haben grosses Interesse an lukrativen Geschäften bei der Ausbeutung der afghanischen Rohstoffvorkommen.

China hat laut NYT bereits einen Vertrag über drei Milliarden Dollar abgeschlossen, um 40 Kilometer südöstlich von Kabul eine Kupfermine zu bauen. Die NYT zitiert US-Beamte mit der Aussage, Präsident Trump wolle nicht, dass bisher in Afghanistan über 3500 US-Armeeangehörige gefallen seien und die USA über 750 Milliarden Dollar ausgegeben hätten, nur um zuzusehen, wie China Rohstoffe wie Kupfer oder Seltene Erden ausbeute. In einem Gespräch mit Angestellten der CIA habe es Präsident Trump bedauert, dass die USA unter seinem Vorgänger Barack Obama so viele Truppen aus dem Irak zurückgezogen hätten, ohne sich vorher das Erdöl zu sichern. Es gelte doch «die alte Regel, dass dem Sieger die Beute gehört» (zitiert nach NYT).

## «Die Beute gehört dem Sieger»

Diese Darstellung Trumps ist allerdings falsch. 2003, nach dem Sturz des

Fortsetzung Seite 6



Schon zum 22. Mal erscheint der Postkartenkalender des Friedensrates, fürs kommende Jahr 2018 zu Armenien. Zwölf abtrennbare farbige Postkarten enthalten Sujets von einer Reise Francine Perrets in diesem Frühjahr. Darüber hinaus enthält der Kalender wie immer die internationalen Tage der UNO sowie die wichtigsten Friedenstermine des nächsten Jahres. Er wird allen Mitgliedern sowie den Abonentinnen und Abonenten der **FRIEDENSZEITUNG** Mitte Oktober zugestellt oder kann unter [info@friedensrat.ch](mailto:info@friedensrat.ch) für 25 Franken bestellt werden. Wir ergänzen mit unserem Schwerpunkt auf den Seiten 8 bis 13 das Thema des Kalenders 2018 mit Hintergrundberichten zu Armenien.

## Der Völkermord an den Armeniern

Die Armenier, ein christliches Volk, lebten in Siedlungsgebieten im Osmanischen Reich. Anfang des 20. Jahrhunderts kam die jungtürkische Regierung an die Macht und begann, die armenische Bevölkerung systematisch zu vertreiben. Am 24. April 1915 wurden in Istanbul über 200 armenische Führer und Intellektuelle verhaftet und ermordet. Dieses Datum gilt als Auftakt zum Völkermord. Im Schatten des Ersten Weltkriegs kamen zwischen 1915 und 1918 rund 1,5 Millionen ArmenierInnen ums Leben. Entweder wurden sie sofort umgebracht oder sie starben auf den Todesmärschen durch die syrische Wüste. Dieser erste Genozid des 20. Jahrhunderts wird bis heute von der Türkei mit allen Mitteln geleugnet.

irakischen Herrschers Saddam Hussein durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA und Grossbritanniens war es eine der ersten und vordringlichsten Amtshandlungen des Chefs der von Washington eingesetzten Besatzungsverwaltung, Paul Bremer, die bis dato hauptsächlich von russischen, chinesischen und französischen Unternehmen gehaltenen Ausbeutungsrechte an irakischen Ölfeldern für US-amerikanische und britische Firmen zu sichern.

Das Wissen um die Bodenschätze in Afghanistan ist nicht neu. Schon im Jahr 2010 hätten US-Behörden den Wert der unberührten Rohstofflager in Afghanistan auf fast eine Billion Dollar geschätzt, schreibt die NYT. Und bereits unter dem bis Januar 2009 regierenden Präsidenten George W. Bush hätten die USA mittels Aufnahmen aus der Luft Karten wahrscheinlich Lagerstätten von Rohstoffen zusammengestellt. Doch der damals noch fast landesweite Krieg mit bis zu 100'000 in Afghanistan stationierten Soldaten der von USA und NATO geführten Interventionsallianz liess die Erschliessung und Ausbeutung von Rohstoffen nicht zu.

## Verlängerung des endlosen Krieges

Auch nach dem Abzug von 90 Prozent der ausländischen Truppen seit Ende 2011 haben sich die Rahmenbedingungen kaum verbessert. Die Ausbeutung der Rohstoffe sei erst in den Anfängen, weil die Sicherheit nicht gewährleistet sei, die Korruption gross und es an Strassen, Brücken und Eisenbahnen fehle, zitiert die NYT einen Sprecher des Pentagon. Es ist allerdings kaum zu erwarten, dass die von Trump verkündete «neue» Eskalationsstrategie im Krieg gegen Al-Kaida, die Taliban und den IS in Afghanistan die Sicherheitslage in Afghanistan verbessern wird und damit auch die Rahmenbedingungen für eine ungestörte Erschliessung und Ausbeutung von Bodenschätzen. Alle Erfahrungen in Afghanistan seit der sowjetischen Invasion Ende 1979 oder auch im Irak seit dem anglo-amerikanischen Krieg von 2003 sprechen dagegen. Sicher ist nach der Eskalationsentscheidung Trumps nur, dass der jetzt schon längste Krieg seit dem 30-jährigen Waffengang in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts auf unbestimmte Zeit weitergehen und die Zahl der zivilen Opfer in der afghanischen Bevölkerung weiter steigen wird.

## Einladung zu Vortrag und Buchpräsentation:

# Friedliche Demokratiekultur

3. Oktober, 19.00 Uhr, Gartenhofstrasse 7, 8004 Zürich

### Programm:

- Begrüssung und Moderation: Wendelin Matawa Keller
- Aufbau einer friedlichen Demokratiekultur: Karl M. Brunner, Buchautor
- Schwierigkeiten zur Friedensbildung in Sri Lanka: Udaya R. Tennakoon
- Friedens- und Demokratieförderung als Basisbewegung am Beispiel von Friedensdörfern und interkulturellen Friedensgruppen. Diskussion
- Apéro



Kollekte: Für Buchprojekt zur Förderung der Diskussion über Demokratie und Frieden in Sri Lanka von Udaya R. Tennakoon.

Einladende Organisationen: Schweizerischer Friedensrat, IFOR-MIR Schweiz, Verein „Gerechtigkeit und Demokratie Sri Lanka“ und Religiös-Sozialistischen Vereinigung

Karl M. Brunner, Autor des neu erschienen Buches „Aufbau einer friedlichen Demokratiekultur – Mehr Frieden und Gerechtigkeit“ ist in Zürich aufgewachsen und wohnt in St. Gallen. Udaya R. Tennakoon, Schriftsteller, Poet, Friedensforscher und -aktivist wohnt in Zürich. Wendelin Matawa Keller, Entwicklungshelfer in Westafrika und Mitinitiator des im Jahre 2015 im Solidaritätshaus St. Gallen durchgeführten Basiskurses „Friedliche Demokratiekultur“, wohnt in Gossau-SG.

# Volunteering for Peace

Der SCI Schweiz organisiert seit 1920 internationale Freiwilligeneinsätze für Jugendliche. Er bietet Einsatzmöglichkeiten auf der ganzen Welt an, vom zweiwöchigen Workcamp bis zum einjährigen Langzeiteinsatz. Die finnische Projektmitarbeiterin des Friedensrates berichtet über ihre Erfahrungen als Camp-Koordinatorin im SCI-Workcamp in der Kulturfabrik Wetzikon ZH.

/ Virpi Luoma /

Graffiti-Kunst, Dusche und Holzboden umbauen, neue Leute und Lebensstile kennenlernen, Feuershow und Naturschutz – das SCI-Workcamp in der «Kulti» Wetzikon bietet mir dies alles. Zusammen mit Maria Trinidad aus Spanien war ich Camp-Koordinatorin während zweier Wochen in einer ehemaligen Baumwollfabrik, die heute als Lebensraum und Kulturzentrum dient. Die Kulturfabrik hat eine legendäre Geschichte mit progressiver Kunst und Partys sowie gemeinschaftlichem Wohnen hinter sich. Seit fast 40 Jahren treffen Kultur und Wohnen da aufeinander.

Um auch weiterhin einen Raum für Kunst, Kultur, Gespräche und Musik



zu bieten, standen Renovationsarbeiten, Gartenpflege und Recycling an. Bei diesen Arbeiten unterstützten wir – elf internationale SCI-Freiwillige aus Spanien, Tschechien, Serbien, Portugal, China und Finnland – die BewohnerInnen und AktivistInnen der «Kulti». Gleichzeitig erfreuten wir uns am interkulturellen Austausch in der Gruppe und am Kennenlernen einer Kulturstätte in der Schweiz.

Renovationsarbeiten und Gartenpflege waren schwere physische Arbeit, aber es machte uns viel Spass. Das Ergebnis unserer Arbeit liess sich sehen und wir haben dabei neue Fähigkeiten erworben. In der grossen Halle, wo Konzerte und Theateraufführungen, aber auch Feste stattfinden, reparierten wir den Holzboden. Draussen schnitten wir Bäume und Büsche und erneuerten Wegränder. Auch der Umbau des Duschraums stand auf unserem Plan. Das bedeutete Platten abspalten, Fugen

schneiden sowie die alte Decke demonstrieren und neu machen.

Die Arbeiten erledigten wir gemeinsam mit Fachleuten. Sie, zusammen mit Projektpartner Dave und Popi, waren eine unersetzliche Unterstützung für uns. Zusammenarbeit, gemeinsames Essen und Abendprogramm liessen uns in die schweizerische Kultur eintauchen und spontan entstandenen Kunstperformances beiwohnen. Zum Beispiel kamen wir an einem Abend in den Genuss einer Feuershow. Das SCI-Workcamp in der «Kulti» war eine sehr schöne Erfahrung: Die Camp-Koordination eröffnete mir einen Einblick in die Zusammenarbeit in einem internationalen Team. Ich lernte viel über verschiedene Länder und gewann neue FreundInnen. Mit der Renovation der «Kulti» konnten wir die Kulturgemeinschaft unterstützen und Brücken zwischen verschiedenen Kulturen bauen. [www.kulturfabrik.ch](http://www.kulturfabrik.ch)

**Freiwilligeneinsätze weltweit!**

**Entdecke die Welt von einer anderen Seite.**

 **SCI Schweiz**  
Volunteering for Peace

**www.scich.org**

## SCI-Sommerfest am Gartenhof

15. September 2017

von 18 bis 22 Uhr

an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Der Service Civil International organisiert zusammen mit dem Schweizerischen Friedensrat ein Sommerfest am Gartenhof. Eine schöne Gelegenheit für die Freiwilligen von SCI und Friedensrat sowie weitere FriedensaktivistInnen, um über ihre Erfahrungen, Interessen und laufenden Projekte zu diskutieren.

Das Fest ist offen für alle Interessierten. Bitte bringt etwas Kleines zum Essen und Miteinander-teilen mit. Herzlich willkommen!

Tram Nr. 14 vom HB Zürich Richtung Triemli bis Haltestelle Werd, dann gradaus weiter bis Gartenhofstrasse (rechts). Auskunft: [info@friedensrat.ch](mailto:info@friedensrat.ch)

# Der Mythos der Unbesiegbarkeit

Der «4-Tage-Krieg» in Berg-Karabach im April letzten Jahres hat Armenien tief erschüttert. Über die wirkliche Lage in dem umstrittenen Grenzgebiet mit Aserbeidschan wird die Bevölkerung im Unklaren gelassen.

/ Michael Wrase /

Als in der Nacht vom 1. auf den 2. April 2016 die Armee von Aserbeidschan die armenischen Streitkräfte entlang der Waffenstillstandslinie in Berg-Karabach angriff, reagierte die Regierung in Jerewan mit einer in Krisensituationen üblichen Propagandaoffensive. Man habe den Feind unter grossen Verlusten zurückgeschlagen und «nicht einen Quadratzentimeter armenischer Erde» preisgegeben. Was an der Front wirklich geschah, wird bis heute verschwiegen oder schöneredet. Es dauerte mehrere Monate, bis Armeniens Präsident Sersch Sargsjan «unbedeutende territoriale Verluste» sowie den Tod von mehr als 100 Soldaten und ZivilistInnen zugab. Die Verluste des Feindes seien fast viermal so hoch gewesen, trompeteten die Staatsmedien, die sich bis heute nicht mit den Ursachen für den schweren Rückschlag im Konflikt um Berg-Karabach befassen.



## Das Desaster des 4-Tage-Krieges

«Denn die Wahrheit schmeckt manchmal bitter», sagt Harutyun, der uns darum bittet, seinen Familiennamen zu verschweigen. Wir trafen uns mit armenischen Bürgerrechtsaktivisten in einer Weinbar im Zentrum von Jerewan. An dem Gespräch nahmen auch Sona und Mariam teil. Lächelnd erklären sich die beiden Studentinnen bereit, «unseren armenischen Horizont zu erweitern». Schnell kommen die drei jungen ArmenierInnen zum Thema. Der sogenannte «4-Tage-Krieg», erklärt Harutyun mit ernster Miene, habe Armenien tief erschüttert. Über zehn Jahre habe die Re-

gierung der Bevölkerung Sicherheit versprochen, die vielen Entbehrungen im täglichen Leben mit den hohen Verteidigungskosten zu rechtfertigen versucht.

«Doch als der Krieg dann begann, hatten unsere Soldaten nicht genügend Munition. Ihre vermeintlichen Wunderwaffen waren meist untauglich», empört sich Mariam, deren Bruder in Berg-Karabach kämpfte: «Der wohl gepflegte Mythos von der unbesiegbaren armenischen Armee war auf einmal zerstört.» Zudem stellten sich die Menschen jetzt die berechtigte Frage, ob man sich auf «Russland als Verbündeten» noch verlassen könne, ergänzt Sona. Tatsächlich beliefert Moskau, das bei Jerewan einen riesigen Luftwaffenstützpunkt unterhält, sowohl die armenischen als auch die aserbeidschanischen Streitkräfte mit

Waffen. Die Regierung in Baku hatte in den letzten Jahren ihre Rüstungsausgaben fast verzehnfacht und mehrfach gedroht, die «territoriale Integrität» des Landes «mit militärischen Mitteln wieder herzustellen».

## Folgen historischer Ungerechtigkeit

Völkerrechtlich gehört Berg-Karabach zu Aserbeidschan. Es war Josef Stalin, der im Rahmen der sowjetischen Teile-und-Herrsche-Politik den «Verzicht Armeniens auf Berg-Karabach» erklärte. Jerewan hatte damals keine andere Wahl, als die Moskauer Entscheidung zu akzeptieren. Erst Ende der 1980er-Jahre, als

die zerfallende Sowjetunion nicht mehr die Kraft hatte, sich um die entlegenen Teilrepubliken zu kümmern, korrigierte Armenien die «historische Ungerechtigkeit»: 1988 erklärte sich Berg-Karabach für unabhängig, wurde aber bis heute nicht einmal von Armenien anerkannt. Im nachfolgenden Waffengang mit Aserbeidschan kam es auf beiden Seiten zu ethnischen Säuberungen mit Tausenden von Toten. Hunderttausende wurden vertrieben, Lösungsansätze nach Vorgabe der Vereinten Nationen von Armenien bis heute abgelehnt.

«Dabei hat der 4-Tage-Krieg im letzten Jahr gezeigt, dass wir nicht länger mit dem Status quo leben können», argumentiert Sona und zieht hastig an ihrer Zigarette. «Sollen wir etwa warten, bis uns die besser gerüsteten Aserbeidschaner

erneut angreifen und sich unsere so tragische Geschichte wiederholt?», fragt Harutyun mit ernster Miene. Wie die beiden jungen Frauen setzt auch er sich für eine «Kompromisslösung» ein, welche die Sicherheit von Armenien und Karabach garantiert. «Ein erneuter Krieg wäre verheerend», unterstreicht der armenische Menschenrechtsaktivist. Schliesslich müsse man davon ausgehen, dass man diesen Waffengang verlieren werde.

## Grossarmenien nur ein Traum

Um die Widerstandskraft zu stärken, brauche das Land daher Reformen, denen sich die Regierung widersetze. Ihre Weigerung, sich den vielen Problemen des Landes zu stellen, sei einer der Hauptgründe für den Volksaufstand im Sommer letzten Jahres gewesen, analysiert Mariam. Im Verlaufe der zweiwöchigen Revolte in der armenischen Hauptstadt hatten RegierungsgegnerInnen eine Polizeikaserne besetzt. Es wurden mehrere Geiseln genommen, um die von der Regierung festgenommenen Rädelsführer des Aufstandes freizupressen.

«Diese hatten drei Monate zuvor in Berg-Karabach gegen die aserbaidjanische Armee gekämpft», erinnert Harutyun. «Sie wussten genau, welche Fehler gemacht worden sind, und verlangten eine radikale Korrektur, welche die Regierung verweigerte.» Diese beendete die Sommerrevolte von Jerewan mit Gewalt. Selbst friedliche Solidaritätsdemonstrationen der Bevölkerung mit den Aufständischen seien mit Schlagstöcken und Blendgranaten aufgelöst worden, schimpft Mariam, die sich grosse Sorgen um die Zukunft ihres Landes macht.

Wegen der andauernden Wirtschaftskrise schrumpfte die Bevölkerung bereits seit Jahren. Die wehrfähigen Männer suchten Arbeit in Russland. Die von Korruption und Vetternwirtschaft geplagte Kaukasusrepublik hänge «am Tropf der Diaspora», die ihre finanzielle Unterstützung mit der Aufrechterhaltung des so prekären Status quo verknüpfe. Die reichen Armenierinnen und Armenier in San Francisco, Moskau oder Paris, fordert Sona, müssten ihren «Traum von einem grossen Armenien endlich aufgeben». Andernfalls gäbe es eines Tages ein böses Erwachen. Ein Blick auf die Landkarte genüge, um sich von der Notwendigkeit einer friedlichen Koexistenz mit den Nachbarn zu überzeugen.

#### **The Promise – der Film zu Armenien**

Konstantinopel kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914: Die einst so lebendige und multikulturelle Hauptstadt des Osmanischen Reiches droht im Chaos zu versinken – und mit ihr der begabte Medizinstudent Michael (Oscar Isaac). Als die attraktive Künstlerin Ana (Charlotte Le Bon) an der Seite ihres Geliebten, dem amerikanischen Fotjournalisten Chris Myers (Christian Bale), aus Paris eintrifft, verliebt er sich Hals über Kopf in sie. Verbunden durch ihre gemeinsamen armenischen Wurzeln wächst zwischen Ana und Michael eine unbeschreibliche Anziehungskraft, der Beginn einer leidenschaftlichen Liebe. Doch schnell werden sie von der harten Realität des eskalierenden Krieges eingeholt und müssen aufgrund eines drohenden Genozids auf der Flucht bald nicht nur füreinander, sondern auch ums nackte Überleben kämpfen.

*Kinostart ab 7. September 2017*



## **Die umstrittene Republik Berg-Karabach**

Am 2. September 1991 wurde die unabhängige Republik Berg-Karabach gegründet, die Unabhängigkeit wurde am 6. Januar 1992 erklärt. Diese Republik Berg-Karabach ist kein offiziell anerkannter Staat (nicht einmal durch die Republik Armenien) und völkerrechtlich ein Teil der Republik Aserbaidschan. Karabach ist ein wichtiges landwirtschaftliches Gebiet für Aserbaidschan, ausserdem könnte eine der geplanten Ölpipelines vom Kaspischen Meer über dieses Gebiet laufen. Russland hat im März 1996 ein Militärabkommen unterzeichnet und kann als Schutzmacht bezeichnet werden. Armenien versucht, die OSZE und die Vereinten Nationen für das Problem von Berg-Karabach zu interessieren und die Autonomie dieses armenischen Kleinstaates auch international anerkennen zu lassen, bislang ohne Erfolg. In Karabach selbst haben sich die Fronten beruhigt.

#### **Unter Beobachtung der OSZE**

Die aserbaidjanische Minderheit hat Karabach verlassen, auch einige der armenischen Flüchtlinge kehren allmählich in den «schwarzen Garten» zurück. Armenien hat sogar ein Rückführungsprogramm, das den Siedlern in Karabach einen kleinen Bauernhof mit Grundausstattung in Aussicht stellt. Das Gebiet ist mit knapp 5000 Quadratkilometern sehr klein, rund 150'000 Menschen, davon 95 Prozent Armenier, leben heute im umstrittenen Bergland, das in sechs Provinzen geteilt worden ist. Die Hauptstadt ist Stephanakert geblieben, andere bedeutende Städte sind

Schuschi oder das im Norden des Landes gelegene Schahumjan.

Einige Jahre lang herrschte Waffenstillstand rund um Karabach. Die Friedensgespräche zwischen Aserbaidschan und Armenien wurden unter den wachsamen Augen des Minsker OSZE-Triumvirats weitergeführt. Friedenstruppen wachen über Berg-Karabach, an dessen Grenzen es aber immer wieder zu bedauerlichen Zwischenfällen kommt. Verschiedene Resolutionen des Europarates 2005, der UN-Vollversammlung 2008 oder die ständige Arbeitstätigkeit der OSZE versuchen, den Konflikt zu beruhigen.

#### **Der 4-Tage-Krieg im April 2016**

Anfang April 2016 kam es im Rahmen des sogenannten «Vier-Tage-Krieges» zu den schlimmsten Auseinandersetzungen seit dem Waffenstillstand von 1994. Im Grenzkonflikt mit Aserbaidschan verloren laut armenischen Angaben an die 100 Soldaten und Zivilisten ihr Leben, mehrere Hundert wurden verletzt, es kam zur Zerstörung von zivilen und militärischen Anlagen. Der Blitzkrieg, die rasche Mobilmachung in Armenien vor allem unter der männlichen Jugend sowie der neu auflebende Nationalismus zeigten ein beängstigendes Bild des schwelenden Konflikts zwischen den Nachbarländern.

Auszug aus **Armenien – 3000 Jahre Kultur zwischen Ost und West**, ein Reiseführer von Jasmine Dum-Tragut, 8. aktualisierte und erweiterte Auflage, Trescher Verlag, Berlin 2017, 476 Seiten, Fr. 29.90, eBook Fr. 22.50.

# «In Aleppo wiederholte sich unsere Geschichte»

**Knapp 100 Jahre konnten Armenierinnen und Armenier in Syrien in Sicherheit leben. Der Bürgerkrieg in dem arabischen Land trieb Zehntausende in die Flucht. Aufnahme fanden sie in ihrem «Mutterland» am Berg Ararat.**

/ Michael Wrase /

Vahe Khakigian ist verbittert. «400'000 syrische Lira» – das sind knapp 900 Dollar – «drückten sie uns nach dem Tod unseres Sohnes Andranik in die Hände», erzählt der armenischstämmige Familienvater. Mit zittrigen Händen hält der korpulente Mann das Bild seines gefallenen Sohnes, dreht es kurz um und flüstert mit seiner vom vielen Rauchen heiseren Stimme: «Mehr ist das Leben eines Soldaten in Syrien nicht wert.» Andranik wurde im Mai 2014 bei Deir ez Zor von einer Granate der Terrormiliz Islamischer Staat zerfetzt. Er starb mit nur 23 Jahren. In der Steinwüste von Deir ez Zor endeten auch die vor 100 Jahren von den Osmanen organisierten Todesmärsche der Armenier. Unter den unzähligen Armeniern, die damals qualvoll zugrunde gingen, war auch Vahes Grossvater, dessen Frau die brutalen Deportationen überlebte. Christliche Missionare brachten sie nach Aleppo, wo Anfang der 1930er-Jahre ein Fünftel der Bevölkerung armenisch war.

## Flucht aus Syrien nach Armenien

Im Gegensatz zu den Türken seien die Araber immer grosszügig und tolerant gewesen. «Wir konnten unsere Kultur pflegen und in Aleppo Kirchen bauen», erinnert sich Vahe und lächelt für einen kurzen Moment. Erst mit dem Beginn des Bürgerkrieges sei «der Hass zurückgekommen», der sich erneut gegen die Minderheiten gerichtet habe: «Unsere traurige Geschichte begann sich zu wiederholen.» Im Oktober letzten Jahres wurde das Haus der Familie Khakigian in Midan, dem Armenier-Viertel von Aleppo, von einer Kaida-Granate zerstört. Drei Wochen später sei der Einberufungsbefehl für Gework, den Zwilingsbruder des gefallenen Andranik, gekommen. «Wir hatten daraufhin kei-

ne Wahl, als Syrien endgültig zu verlassen», betont Vahe und reckt sein Kinn entschlossen nach vorne: «Schliesslich mussten wir Gework vor dem fast sicheren Tod auf den Schlachtfeld retten.»

Über Beirut floh die Familie nach Armenien. Das Mutterland aller Armenierinnen und Armenier gewährt den Bürgerkriegsflüchtlingen nicht nur Asyl, sie bekommen auch armenische Pässe. Mehr als 20'000 armenischstämmige SyrerInnen kamen seit 2012 in die Südkaukasusrepublik. Fast alle aus Aleppo. Gut 16'000 sind geblieben. Den meisten von ihnen geht es schlechter als im Vorkriegs-Syrien. «In Aleppo hatte ich eine gut gehende Autoreparaturwerkstatt», berichtet Hovannes Degirmengian, der in einer stickigen Fussgängerunterführung im Zentrum von Jerewan Baklava und andere Süssigkeiten verkauft. Der Verdienst sei gering. Um mit seiner fünfköpfigen Familie überleben zu können, ist der stämmige Endfünfziger auf die Unterstützung von NGOs angewiesen.

## Der Traum von der Rückkehr nach Damaskus

NGOs haben die Aufgaben der bei der Integration der Flüchtlinge versagenden armenischen Regierung übernommen. Eine NGO wie «Aleppo.Org» etwa organisiert die Flugtickets der Flüchtlinge von Beirut nach Jerewan, bezahlt die Wohnungsmieten in der armenischen Hauptstadt und hilft auch bei der Jobsuche. «Fast alle Neuankömmlinge gingen davon aus, dass sie nur vorübergehend in Armenien bleiben und nach ein paar Monaten nach Syrien zurückgehen würden», erklärt Sarkis Balkhian, der Pressesprecher der Hilfsorganisation. Dass sich die syrischstämmigen Armenier nun in einem Land, in dem jeder Dritte ohne Arbeit ist, eine neue Existenz aufbauen müssten, sei «für die Vertriebenen ein richtiger Schock». Nicht wenige verfallen in Lethargie, resignieren wie die aus einem Vorort von Damaskus geflohene Familie Sarkis.

«Die Armenier hier geben uns nicht das Gefühl, zu Hause zu sein», klagt Sevak, der jüngste von drei Söhnen. «Sie glauben, dass wir ihnen was wegneh-

men wollen.» Auch das in der Republik am Ararat gesprochene Armenisch sei sehr viel härter als die eher melodische westarmenische Sprache. Der arbeitslose Frisör besucht seit Kurzem einen Sprachkurs, um seine neuen Nachbarn besser verstehen zu können. Vater Aaram bleibt dagegen zu Hause und träumt von der Rückkehr nach Damaskus.

## Zwischenstation Armenien

«Falls morgen der Krieg aufhören sollte, bin ich der Erste, der heimfliegt», sagt er bestimmt. Das armenische Mutterland hat sich Aaram «ganz anders vorgestellt». An dauerhaften Frieden in Syrien glauben indes nur wenige. In dem Bürgerkriegsland hätten islamistische Geistliche die Jugend manipuliert, einer gründlichen Gehirnwäsche unterzogen, behauptet Hovsip Balmanoukian, der weiss, wovon er spricht. Der 26 Jahre alte Student wurde vor vier Jahren auf dem Weg von Aleppo in den Libanon von «einer kriminellen Bande» entführt. «Sie wollten Lösegeld, zunächst 100'000 Dollar, akzeptierten nach siebentägigen Verhandlungen auch 25'000 Dollar für meine Freilassung», berichtet der junge Mann mit ernster Miene. Nach diesem Horrortrip sei für ihn klar gewesen, dass er Syrien für immer verlassen werde. «Wir Armenier wurden in dem Glauben erzogen, eines Tages in unser Heimatland zurückzukehren. Und das ist nun mal Armenien», erzählt Hovsip in seinem kleinen Restaurant, das er gemeinsam mit seinem Bruder betreibt. Die abwechslungsreiche syrische-arabische Küche sei in Jerewan sehr populär geworden. Das Geschäft laufe gut, freut sich der Student, der an diesem Abend auch Anna Istanian bewirtet.

Die junge Frau kommt ebenfalls aus Aleppo, wo sie in einer inzwischen geschlossenen Schule für geistig behinderte Kinder und Jugendliche arbeitete. Mit Spenden aus der armenischen Diaspora konnte die Sonderschule vor einem Jahr in Jerewan wiedereröffnet werden. Mit dem gleichen Personal. Ihre Zukunft sieht Anna freilich nicht in Armenien. «Sowohl im Beruf als auch im Leben ist es hier einfach zu eng. Es fehlen die Perspektiven, Aufstiegschancen, die in Europa und den USA so reichlich vorhanden sind.» Anna gibt zu erkennen, dass das «Mutterland» Armenien für sie nur eine Zwischenstation auf dem Weg von Syrien in den – aus Sicht der meisten ArmenierInnen – noch immer goldenen Westen ist.

## Jakob Künzler, der «Vater der Armenier»

«Jedes Volk hat ein Recht auf Existenz. Und zwar soll es da leben können, wo es geboren ist.» Rund hundert Jahre ist es her. Im Gebiet der heutigen Türkei finden in den Jahren 1915 und 1916 blutige Auseinandersetzungen zwischen Türken und Armeniern statt. Die Zahl der Opfer wird auf über eine Million geschätzt. Und mitdrin ist der Appenzeller Jakob Künzler. Zusammen mit seiner Frau Elisabeth rettet er während des Ersten Weltkrieges das Leben von über 2500 Armeniern.

Jakob Künzler aus Hundwil in Appenzell Ausserrhoden findet über Umwege in Basel seinen Traumberuf. Er wird Diakon und widmet sich der Krankenpflege. Als 28-Jähriger wird ihm dann von der Deutschen Orientmission eine Stelle im Osmanischen Reich angeboten. Künzler sagt zu und reist nach Urfa, in die heutige Türkei. Ab 1899 arbeitet er im dortigen Missionsspital. Die «klassische» Mission ist jedoch nicht im Sinne von Künzler. Für ihn ist klar, dass er auch Nichtchristen helfen will.

Urfa ist zu dieser Zeit eine ethnisch stark durchmischte Stadt: Türken, Araber, Kurden, Armenier, assyrische Christen, Juden und Griechen sind dort wohnhaft. Schnell lernt Künzler türkisch und über die Jahre auch fließend kurdisch, armenisch, arabisch und englisch. Seine Sprachkenntnisse sowie seine offene und herzliche Persönlichkeit öffnen ihm viele Türen und er wird weiterhin geschätzt. Auch seine Frau Elisabeth pflegt enge Kontakte sowohl zu Christinnen wie auch zu Musliminnen.

Doch mit dem Ersten Weltkrieg wird das Zusammenleben in Urfa schwieriger. Das Osmanische Reich verbündet sich mit Deutschland und Österreich-Ungarn. Nach den ersten militärischen Niederlagen bezichtigt die jungtürkische Führung die christlichen Minderheiten, allen voran die Armenier, den christlichen Kriegsgegner Russland zu unterstützen. Man nennt sie Hochverräter und verweist sie des Landes. Der Weg vieler Exilierten führt über Urfa. Das Ehepaar Künzler unterstützt sie mit allen Kräften.

Nach diesen schrecklichen Ereignissen ist die humanitäre Arbeit für das Ehepaar Künzler jedoch noch nicht getan. Künzlers übernehmen den Auftrag, armenische Waisenkinder nach Syrien und in den Libanon zu begleiten. Diese Karawanen zählen zusammen rund 8000 Kinder! Am Ziel angekommen, lassen die Künzlers die Waisenkinder nicht allein. Sie betreiben ein Waisenhaus und gründen eine Teppichknüpferei, wo die Kinder ein Handwerk erlernen können. Es werden Wohnsiedlungen sowie ein Sanatorium gebaut, Kinderkrippen unterhalten und die Malaria bekämpft. Die Künzlers bleiben mit ihrer Familie zeitlebens im Libanon und sind bei den armenischen Nachkommen vieler ihrer Schützlinge noch heute als «Mama und Papa Künzler» in bester Erinnerung.

**Text:** Eine der auf [www.friedens-stationen.ch](http://www.friedens-stationen.ch) aufgeführten Appenzeller Friedenspersönlichkeiten.  
**Bild:** Gedenkstein von Jakob Künzler in Walzenhausen AR auf dem Weg der Appenzeller Friedens-Stationen (siehe FRIEDENSZEITUNG Nr. 21-17).



«Einige Tage hielten diese Menschen schlächtereien an, sie wurden in den Stunden vor Sonnenuntergang vorgenommen. Die Toten legte man in der Regel in Massengräber. In einem kleinen Tälchen, auf dem Wege zu unserem Weingarten, brachte man auch eine Anzahl Menschen um und deckte die Leichname mit etwas Erde zu. Als dann im Frühjahr ein starker Regenguss kam, schwemmte er einen Teil der Halbverwesten wieder hervor.»

So schreibt Jakob Künzler (1871-1949) über seine Erinnerungen in der südosttürkischen Stadt Urfa. Zusammen mit seiner Frau Elisabeth (1875-1968) erlebte er hautnah, wie das jungtürkische Kriegsregime den Völkermord an den osmanischen Armeniern 1915 verübte. Während eines Heimaturlaubes 1919-20 in Basel schrieb Künzler seine Erlebnisse nieder.

Das Buch Jakob Künzlers ist ein Zeugnis eines politisch neutralen Beobachters über den ersten mit modernen Mitteln organisierten Völkermord. Die Bedeutung dieses Dokumentes war deshalb so gross, weil es aus der Nahaussicht darlegt, was der bürokratische Begriff der systematischen, telegraphisch gesteuerten und von Kommissaren der Zentralgewalt überwachten «Deportationen» wirklich bedeutete. Künzlers Augenzeugnis dokumentiert nüchtern die regionale und lokale Umsetzung einer nach aussen kassierten Vernichtungspolitik.

Jakob Künzler: *Im Lande des Blutes und der Tränen. Erlebnisse in Mesopotamien während des Weltkrieges (1914-1918)*. Chronos Verlag Zürich, 3. Auflage 2016, 200 Seiten, Fr. 34.-

# Eine Schweiz-Armenierin auf Spurensuche

**Aufgewachsen im Berner Oberland, besitzt Manuschak Karnusian einen Schweizer Pass, spricht kaum ein Wort armenisch und bezeichnet Armenien nicht als ihre Heimat. Dennoch fühlt sie sich ihren armenischen Wurzeln stark verbunden. Das war nicht immer so.**

*/ Manuschak Karnusian /*

Meine Geschichte beginnt 1915 in Zentralanatolien im damaligen Osmanischen Reich: Meine Grossmutter war ein 15-jähriges Mädchen, als sie zusehen musste, wie ihre ganze Verwandtschaft, eine 33-köpfige Sippe, umgebracht wurde. Sie blieb als Einzige verletzt liegen, man meinte, sie sei tot. Ein Moslem fand sie und übergab sie dem Schweizer Jakob Künzler. Der Krankenpfleger aus dem Appenzell führte während dieser Zeit in der Gegend ein Missionsspital. Er rettete Tausenden Armenierinnen und Armeniern das Leben und brachte später 8000 Waisenkinder in Sicherheit, indem er mit ihnen zu Fuss nach Syrien oder in den Libanon ging (siehe auch Seite 11). Eines dieser Waisemädchen war meine Grossmutter.

## **In der Sprachlosigkeit gefangen**

Mein Grossvater stammte vom Musa Dag, einem Berg an der syrisch-türkischen Grenze. Er gehörte zu jenen Widerstandskämpfern, die sich erfolgreich gegen die Türken auflehnten und von den Franzosen gerettet wurden. Dieser Widerstand wurde später dank dem österreichischen Autor Franz Werfel weltbekannt, der daraus sein literarisches Werk «Die 40 Tage des Musa Dag» schuf. Meine Grosseltern lernten sich in einem Flüchtlingslager kennen und lebten anschliessend im Libanon.

Mehr weiss ich nicht über das Leben meiner Grosseltern. Mein Vater, der dank eines Stipendiums für ein Theologiestudium in die Schweiz kam, meine Schweizer Mutter kennenlernte und hier blieb, erzählte uns nicht viel mehr als diese Kurzfassung der Geschichte seiner Eltern. Vielleicht wusste er selbst nicht mehr. Das Unglaubliche ist: Wir fragten nie nach. Heute denke ich, dass wir die Tragik hinter diesen Geschichten

spürten und uns nicht trauten, nachzufragen. Wir waren in einer Art Sprachlosigkeit gefangen, die für die Überlebenden eines Genozids typisch ist.

## **Genozid als Dauerthema**

Aufgewachsen bin ich im Berner Oberland. Als ich in den 1970er Jahren in die Schule ging, waren weder die Armenier als Volk noch der Völkermord ein Thema. Nicht in den Medien, nicht in Geschichts- oder Sachbüchern, nicht in Form von Lebensgeschichten. Die Überlebenden selber hatten für ihr Trauma noch keinen Ausdruck gefunden. Natürlich wurde ich oft auf meinen damals exotischen Namen angesprochen. Aber den meisten half es wenig, wenn ich meine Herkunft nannte. Das Land Armenien, das nach den Massakern nur noch als Bruchteil des ursprünglichen armenischen Siedlungsgebietes existierte, gehörte zur UdSSR und damit zum undurchschaubaren kommunistischen Block. Es war auch kein Reiseland. Während meiner Kindheit war es, als existierten die ArmenierInnen gar nicht.

Mein Vater kämpfte sein Leben lang dafür, dass der Völkermord hierzulande bekannt und anerkannt wurde. Wegen seines Engagements war der Genozid bei uns ein Dauerthema. Auf seinem Bürotisch lagen Fotos von abgeschlagenen Köpfen, von an Pfosten hängenden Männern, von ausgemergelten Leichen. Mein Vater sammelte Dokumente, die die Massaker belegen sollten. Armenierin zu sein, hiess für mich als Kind, sich in irgendeiner Form mit dem Genozid zu beschäftigen. Kein Wunder, dass ich damit nichts zu tun haben wollte: Es war zu grausam und zu traurig.

## **Annäherung an die armenische Kultur**

Zugleich war mein Vater ein sehr stolzer Armenier und vermittelte uns unsere Herkunft mit viel Pathos. Laut ihm waren die Armenier ein einzigartiges Volk. Uralt mit einer über 3000-jährigen Kulturgeschichte, einst ein grosses Königreich, die erste Nation, die das Christentum als Staatsreligion anerkannt hatte, kulturell sehr entwickelt mit einer eigenen Sprache und einer eigenen Schrift. Mein Vater wurde nicht müde, diese

Errungenschaften hervorzuheben oder erfolgreiche Armenier aufzulisten. Für mich war das Patriotismus pur.

Abgesehen von diesen Schilderungen und vom Engagement meines Vaters hatte ich kaum Berührungspunkte mit meiner armenischen Herkunft. Wir hatten keine Verwandten hier, um uns herum gab es nur wenige Armenier. Und wenn, war es Besuch für meinen Vater. Zudem verstand ich kein Armenisch. So engagiert mein Vater auch war, seine Muttersprache lehrte er uns nicht. Er müsse Deutsch lernen, hiess es, und er wolle, dass wir integriert seien. So wurde ich eine richtige Schweizerin. Doch meine armenischen Wurzeln liessen mich nie wirklich in Ruhe. Immer wieder nahm ich Anläufe, um mich der armenischen Kultur anzunähern. Ich versuchte x-mal, Armenisch zu lernen – ohne Erfolg. Ich reiste noch vor der Wende nach Armenien und fand einen unzugänglichen Sowjetstaat. Ich suchte den Kontakt zu Armenierinnen und Armenier und fühlte mich ihnen doch fremd.

## **Das zerstörte Familiengedächtnis**

Als mein Vater vor knapp 20 Jahren starb, wurde mir schlagartig bewusst, dass mich nun nichts mehr mit der armenischen Kultur verband. Mir war, als wären meine Wurzeln gekappt worden. Ich realisierte schockartig, dass ich zu wenig über unsere Familiengeschichte wusste. Schmerzhaft stellte ich fest, wie einschneidend es ist, dass wir – wie die meisten armenischen Familien – keine Fotos und Dokumente von früher besitzen. Dass unser Familiengedächtnis während der Massaker und Vertreibungen verloren gegangen oder zerstört worden ist. Dass ich nicht einfach in ein Archiv steigen kann. Und dass ich es versäumt hatte, die Geschichten zu erfragen und damit zu bewahren.

Mittlerweile gibt es viele Bücher über Armenien und das armenische Volk, vor allem in Zusammenhang mit dem Völkermord. Gerade weil die Türkei diesen Genozid nach wie vor leugnet, sind zahlreiche Bücher erschienen, die den Völkermord wissenschaftlich dokumentieren. Es gibt heute ein Land Armenien und Reiseführer. Und nicht zuletzt gibt



Standbild aus dem im September anlaufenden Film «The Promise»

es auch einige sehr eindrückliche und traurige Zeugnisse von ArmenierInnen, die die Geschichten ihrer Vorfahren aufgeschrieben haben. Das Thema ist heute kein Tabu mehr.

### Auf allen Kontinenten verstreut

Doch meiner Meinung nach fehlte ein Buch über die Armenierinnen und Armenier von heute. Wer sind sie? Wie leben sie? Wie gehen sie mit dieser tragischen Vergangenheit um? Warum verlangen sie noch heute, über 100 Jahre später, eine offizielle Anerkennung des Völkermords? Und schliesslich wollte ich auch wissen: Kennen die ArmenierInnen ihre Familiengeschichte besser als ich? Ich kannte meine nicht und suchte sie in den Geschichten der andern. Insgeheim suchte ich nach Parallelen zu meinem Leben. Mit all diesen Fragen machte ich mich auf die Suche nach Armeniern in der Schweiz. Ich gab mir mit meinem Buchprojekt die Erlaubnis, mit ihnen in Verbindung zu treten. In der Schweiz, hauptsächlich in der Romandie, leben etwa 6000 ArmenierInnen.

Für die Porträts reiste ich in der Schweiz herum – aber eigentlich machte ich eine Reise um die Welt. Weil das armenische Volk seit jeher ein vertriebenes Volk ist, ist es auf allen Kontinenten zu Hause. In Armenien selber leben rund 3 Millionen ArmenierInnen. Der grösste Teil jedoch – über sieben Mil-

lionen – lebt in der Diaspora auf der ganzen Welt verstreut. Man findet sie überall – und erkennt sie auch an ihren Namen, die auf -ian enden. Die ArmenierInnen, die ich befragt habe, leben zwar alle in der Schweiz, aber sie kommen nicht einfach aus einem Land. Sie stammten ursprünglich aus Ägypten, Syrien, aus Kanada, Aserbaidschan, Frankreich – und aus Armenien. Dank meinen Gesprächspartnerinnen und -partnern, die mir ihre abenteuerlichen, berührenden und oftmals traurigen Geschichten erzählten, tat sich mir eine Welt auf.

### Armenischer Stolz, getrotzt zu haben

Ich habe zwar nicht viel mehr über meine eigene Familiengeschichte erfahren, aber dafür einen neuen Zugang zu meiner armenischen Herkunft erhalten. Ich habe zum Beispiel festgestellt, dass es tatsächlich viele Erfolgsgeschichten von Armeniern gibt, die nach den Vertreibungen zuunterst angefangen haben und erfolgreich wurden. Es stimmt auch, dass die ArmenierInnen dank dem Christentum, dank ihrer eigenen Sprache und Schrift, schon sehr früh grossen Wert auf Bildung legten. Und es stimmt auch, dass ihr tragisches Schicksal aus ihnen ein aussergewöhnliches Volk gemacht hat.

Was ich als Kind als Patriotismus abtat, dieser Stolz, hat für mich eine neue Bedeutung bekommen. Während ich den Geschichten zuhörte, begann ich zu ver-

stehen, dass es nicht einfach Patriotismus ist, was die ArmenierInnen stolz macht. Es geht nicht um eine Ideologie oder um eine Religion, auch nicht um ein Land. Die Armenier sind stolz, dass ihre Eltern, Grosseltern, Urgrosseltern allen Widrigkeiten, sogar tödlichen, getrotzt haben; dass sie nicht nur überlebt, sondern auch die Kraft und Energie hatten, irgendwo wieder ganz neu anzufangen. Dass sie mit Kreativität und unternehmerischem Denken aus dem Nichts heraus ihr Leben neu aufbauten. Und dass sie dabei ihre Wurzeln nicht vergessen haben.

Das Buch von Manuschak Karnusian **Unsere Wurzeln, unser Leben – Armenierinnen und Armenier in der Schweiz** (erschieden 2015 im Stämpfli Verlag, 146 Seiten, Fr. 34.–) gibt mit Porträts und Sachtexten zu Kultur, Geschichte, Religion und dem heutigen Armenien einen guten Überblick über das Schicksal der Armenier. **Manuschak Karnusian liest** – zusammen mit dem Co-Autor und Journalisten Jürg Steiner – am 19. November 2017 in Gstaad, begleitet wird die Lesung vom armenischen Chor Nairi aus Bern. Infos unter [www.armenier.ch](http://www.armenier.ch).



# Ein Leben für Frieden und Gerechtigkeit

**Am 4. Oktober 1917 wurde der Pädagoge, SP-Politiker und Friedenskämpfer Arthur Villard geboren, der die meiste Zeit seines Lebens in Biel als Lehrer wie Politiker aktiv und prägend war. Daneben war er ein unermüdlicher Friedenskämpfer, vor allem gegen die Verurteilung von Militärdienstverweigerern durch die Militärjustiz – was ihm selbst mehrere Gefängnisstrafen eintrug. Mit einer Gedenkfeier am 28. Oktober in Biel wird an sein vielfältiges Wirken erinnert (siehe Seite 18). Ein Rückblick auf eine bewegte Zeit, bevor es einen Zivildienst in der Schweiz gab.**

Was ist das Besondere an der Persönlichkeit von Arthur Villard? Es ist sein Mut und seine Hartnäckigkeit in der Verfolgung seiner politischen Ziele. Es ist sicher auch seine Weitsicht – er war in wichtigen Fragen seiner Zeit voraus. Dies trug ihm immer wieder Schwierigkeiten ein. Wegweisend und vorbildlich war sein unermüdliches und mutiges Eintreten gegen die atomare Bewaffnung der Schweizer Armee, für das Recht auf einen Zivildienst für Militärdienstverweigerer, für den Weltfrieden und gegen die faschistischen Diktaturen in Spanien und Griechenland.

## Als Aktivdienstler für den Zivildienst

Arthur Villard leistete insgesamt 1100 Tage Militärdienst als Mitrailleur. Seinen allerletzten Wiederholungskurs verweigerte er aus Solidarität mit den zu monatelangen unbedingten Gefängnisstrafen verurteilten Militärdienstverweigerern. Sein politisches Engagement trug ihm mehrere Gefängnisstrafen ein, die er in verschiedenen Haftanstalten verbüßte. Er war lange Jahre als von Eltern, Schülerinnen und Schülern hoch geschätzter Pädagoge an Primarschulen tätig. Seine Begegnung mit dem französischen Reformpädagogen Célestin Freinet (1896–1966) inspirierte Villard, seine Klassen nach dem Modell der «Aktiven Schule» zu unterrichten.

Villard war in leitenden Funktionen bei der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB), im Schweizerischen Friedensrat (SFR), im Schweizer Zweig der Internationale der Kriegsdienst-

gegner (IdK), in der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung der Schweiz, in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und in weiteren Organisationen und Bewegungen tätig. Arthur Villard hat die meiste Zeit seines Lebens in Biel verbracht. Er hat der Stadt als Mitglied des Stadtrates und des Gemeinderates gedient. Er hat als Grossrat und als Nationalrat immer wieder entschieden auch die Interessen der Bevölkerung der Region Biel-Seeland-Jura vertreten.

## Stationen eines bewegten Lebens

**4. Oktober 1917** Arthur Villard wird in Lausanne als Sohn des Louis Arthur, Uhrmacher, und der Adèle Ida, geborene Matile, geboren. Er ist das fünfte von acht Kindern einer armen und frommen Familie. Er besuchte die Primarschule und das Progymnasium in Biel.

**1933–1937** Arthur Villard besucht das Primarlehrerseminar in Porrentruy. Er besteht die Patentprüfung im März 1937 mit Bestleistung. Mit der Stimmung im Internat hat er grosse Mühe. Das Seminar wird mit militärischer Disziplin geführt. Schlimmer noch: Es gibt Lehrer, welche offen faschistisches Gedankengut vertreten.

**1935–1938** Arthur ist sehr beeindruckt von der mutigen Haltung seines älteren Bruders Emile (1913–1986). Emile verweigert nach der Rekrutenschule und dem ersten Wiederholungskurs den Militärdienst. Er wird dreimal zu insgesamt 14 Monaten Gefängnis verurteilt und gilt als «rückfällig». Er wird auch nach dem Ausschluss aus der Armee für fünf Jahre in seinen Bürgerrechten eingestellt.

**1937** Arthur verweigert in der Rekrutenschule in Thun den Stechschritt (oder Paradeschritt) und wird zu zehn Tagen Arrest verurteilt.

**1937–1943** Trotz vieler Bewerbungen findet Arthur Villard während der Krise der dreissiger Jahre keine feste Stelle als Lehrer. Er arbeitet als Stellvertreter an Primarschulen und an der Städtischen Handelsschule Biel-Bienne. Er ist Heim-



arbeiter in der Uhrmacherei, er haust mit Strohmatte, Seifen, Bürsten.

**1943–1951** Arthur Villard wird Lehrer in Evillard-Leubringen. Er unterrichtet nach dem Modell «Aktive Schule» des französischen Reformpädagogen Céles-



tin Freinet. Dieser besucht ihn am 21. September 1949 und ist beeindruckt, wie Arthur sein Klassenzimmer in eine «Werkstatt» im Sinne der Ecole moderne verwandelt hat. Arthur Villard bereitet seinen Unterricht bis spät in die Nacht vor. Die Schulkommission verbot ihm

deshalb das Betreten des Schulhauses nach 18 Uhr. Es waren schwierige Jahre. Er wurde von den politischen Behörden und von der Schulkommission von Evillard hart angegriffen. Sie unterstellten ihm, er wolle mit seinem Unterrichtsstil die Schülerinnen und Schüler zu Kommunisten machen. Das Gegenteil traf zu: Für Arthur Villard war immer wichtig, klar zwischen seinem politischen Engagement und seiner Aufgabe als Lehrer zu unterscheiden.

**1946** Arthur Villard wird einer der Mitbegründer der Gesellschaft Schweiz–Sowjetunion. Er wird Mitglied der Bieler Sektion und deren Kassier. Im Mai wird Arthur Villard in den Parti Socialiste Romand PSR Bienne aufgenommen, wird Vorstandsmitglied und Sekretär der kleinen Sektion von Evillard/Leubringen.

**1950** wird Arthur Villard Mitbegründer der Schweiz. Friedensbewegung SFB.

**1951** Auf Ende Juli wird Villard als Lehrer in Evillard/Leubringen entlassen. Der Lehrerverband droht mit dem Boykott der Stellenausschreibung für seine Nachfolge. Stattdessen wird er in die provisorische Anstellung versetzt. Am 18. September stirbt seine Frau Esther. Sie war zwei Jahre vorher schwer erkrankt. Diese grosse Belastung erschöpft Arthur Villard derart, dass er selber hospitalisiert werden muss.

**1953** wird Arthur Villard Lehrer an der Primarschule Biel-Madretsch. Am 31. Juli heiratet er Edeltrud Pauline «Paulette» Leubin. Deren Tochter Fernande bleibt beim Vater, der Sohn Eric zieht zur Familie Villard und wird 1978 von Arthur Villard adoptiert. Paulette, zwei Jahre nach ihrer Heirat schwer erkrankt, bleibt immer seine grösste Stütze.

**1954** Geburt seines dritten Sohns André. Wegen parteiinterner Anfeindungen wechselt Arthur vom Parti Socialiste Romand in die SP Sektion Biel-Madretsch. Er nimmt an einer zwölköpfigen Lehrerdelegation in die damalige UdSSR teil.

**1956** Arthur Villard ist an der ausserordentlichen Tagung des Weltfriedensrates vom April in Stockholm dabei, gemeinsam mit André Bonnard, Präsident der SFB, René Bovard und Armand Magnin.

**1958** Am 18. Mai wird die «Schweizerische Bewegung gegen die atomare

Aufrüstung» von etwa 140 Personen gegründet. Arthur Villard wird mit dem Westschweizer Sekretariat beauftragt. Am 15. Juni wird die entsprechende Volksinitiative gestartet. Der Initiativtext lautete: «Herstellung, Einfuhr, Durchfuhr, Lagerung und Anwendung von Atomwaffen aller Art, wie ihrer integrierenden Bestandteile, sind im Gebiete der Eidgenossenschaft verboten.»

**Arthur Villard** vertritt Mitte Juli die SFB am Stockholmer Kongress des Weltfriedensrates für «Abrüstung und internationale Zusammenarbeit». Er hält dort eine viel beachtete Rede, in welcher er die zuvor erfolgten Hinrichtungen in Ungarn geisselt. Im Namen der achtköpfigen Schweizer Delegation unter der Leitung von René Bovard fordert er die Verurteilung der Todesurteile von Budapest durch den Kongress und eine Resolution zur Abschaffung der Todesstrafe aus politischen Gründen. Villard erhält daraufhin eine Einladung des Schweizerischen Friedensrates, «à titre personnel», an der Jahresversammlung vom 1./2. November 1958 teilzunehmen und an einem runden Tisch «sur les bases spirituelles du mouvement de la paix» mitzuwirken.

**1959** Der Sitz der SFB wird «à titre d'essai» nach Biel verlegt. Villard übernimmt einige der Aufgaben von André Bonnard, deren im gleichen Jahr verstorbenen Präsidenten.

**1961** nimmt Villard Kontakt auf zum «Internationalen Friedensinstitut» in Wien (eine Institution des kommunistischen Weltfriedensrates). Er erwägt eine Anstellung am Institut. Villard organisiert Ende Mai in Lausanne eine Zusammenkunft zwischen Fernand Vigne vom Intern. Friedensinstitut mit Vertretern der SFB, des Friedensrates und weiterer Organisationen. Nach kurzem Aufenthalt in Wien beim Friedensinstitut reist Villard zurück in die Schweiz. Am 10. Dezember schickt er dem Institut ein Telegramm: «impossible venir. lutte difficile indispensable ici. proteste contre explosions nucléaires au mépris opinion mondiale». (Am 30. Oktober fand zum ersten Mal seit 1955 wieder ein sowjetischer Atomwaffentest statt.)

**1962** organisiert Arthur Villard eine Delegation der SFB an den «Weltkongress

Fortsetzung Seite 16

für allgemeine Abrüstung und Frieden» im Juli 1962 in Moskau. Dort kritisiert er die sowjetische atomare Aufrüstung.

**1963** wird Arthur Villard an die Präsidiumssitzung des Weltfriedensrates von Malmö vom März eingeladen. Er lehnt mit dem Hinweis auf die zeitintensiven Vorbereitungen zum bevorstehenden Ostermarsch Lausanne–Genf ab. Im August fragt René Bovard Arthur Villard an, ob er das Sekretariat der Kriegsdienstgegner übernehmen würde. Villard sagt zu, u.a. mit dem Hinweis auf wachsende Zerwürfnisse mit der SFB (Mitglied des Weltfriedensrats).

*Der Schweizer* Zweig der «Internationale der Kriegsdienstgegner» IdK wird gegründet. Arthur Villard wird dessen Präsident, Marcel Schweizer Sekretär. Der Sitz des Schweizer Zweigs befindet sich in La Chaux-de-Fonds. Arthur Vil-

lard redigiert die Zeitschrift «Der Kriegsdienstgegner / Le Résistant à la guerre». Pierre Annen, Gymnasiallehrer in Biel, ruft zur Militärdienstverweigerung auf: so lange, bis ein ziviler Ersatzdienst geschaffen sei. Annen und Villard werden zu bedingten Gefängnisstrafen (15 Tage für Villard) verurteilt. Villard hatte Annen Adressen zur Verfügung gestellt, um den Aufruf zu verbreiten. Die Bundesanwaltschaft beschlagnahmte die Adresskartei der Anti-Atombewegung mit 15'000 Namen von SympathisantInnen.

**1963–1967** werden Ostermärsche (Lausanne–Genf, Olten–Basel, Winterthur–Schaffhausen und Biel–Bern) organisiert, die immer beliebter werden. Arthur Villard ist massgeblich an der Organisation und Durchführung beteiligt.

**1961–1976** Arthur Villard setzt sich bis zur Abschaffung der Diktatur 1975 in Spanien ein. Er ist Mitglied der Bieler Sektion des Komitees für politische Amnestie, gegen die Todesstrafe und für die Demokratie in Spanien (zusammen mit Marcel Schwander). Er fordert immer auch das Recht auf Militärdienstverweigerung in Spanien.

**1965** Im Januar organisieren Arthur Villard und Mitglieder des «Mouvement des jeunes contre l'armement atomique» die Ausstellung «La Suisse de demain sans armes atomiques» in der Stadtbibliothek Biel. Villard verweigert aus Solidarität mit den verurteilten Militärdienstverweigerern aus Gewissensgründen den allerletzten zweiwöchigen Wiederholungskurs; dies nach über 1100 geleisteten Militärdiensttagen. Villard leistete diesen langen Dienst ohne zu murren, weil für ihn während der Herrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland und der Faschisten in Italien nie infrage stand, das Land gegen allfällige Invasoren zu verteidigen. Villard wird zu 45 Tagen Gefängnis unbedingt verurteilt.

*Arthur Villard* schreibt seinem Kompaniekommandanten, mit dem er zur Schule gegangen ist, einen Brief. Darin erklärt er, was ihn zu diesem Entschluss geführt hat, nämlich die Gewissheit, dass Worte allein nicht genügen zur Unterstützung dieser mutigen Leute, die den Militärdienst verweigern. Durch sein Tun wolle er ein Zeichen der aktiven Solidarität mit ihnen setzen.

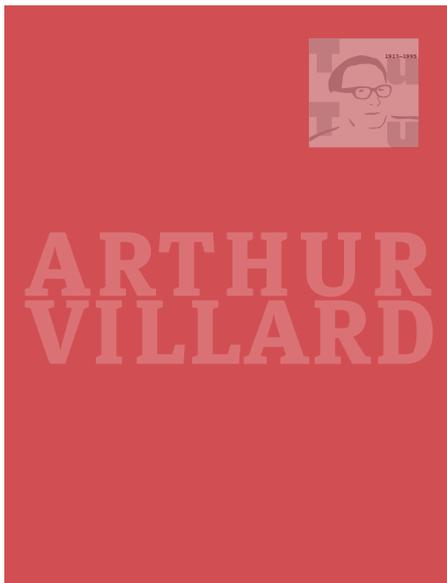
**1966** Der Bieler Stadtrat (Legislative)

verweigert Arthur Villard die Wiederwahl als Lehrer. Nach Protesten der Schulkommission (einstimmig), der Eltern und von vielen SympathisantInnen muss der Stadtrat seinen Entscheid rückgängig machen. 1966, 1970 und 1978 (bis 1979) kandidiert Arthur Villard für den Grossrat im Kanton Bern: Er wurde 1966 mit dem zweitbesten Resultat aller Bieler gewählt.

**Am 13. Juni** findet eine Kundgebung in Witzwil aus Solidarität mit Pierre Annen, der an diesem Tag seine Haftstrafe von 81 Tagen Gefängnis unbedingt antreten muss, statt. Ein Transparent mit der Aufschrift «Ziviler Aufbaudienst statt Gefängnis» wird mitgetragen. Anwesend sind Arthur Villard, Pfarrer Theo Krummenacher, Grossrat Pierre Gassmann und zirka 40 weitere Personen. Der friedliche Demonstrationszug wird von einer Gruppe von Gefängniswärtern und Landwirten erwartet, welche die DemonstrantInnen angreifen, zwei Frauen und einen Schüler verprügeln, mit einem scharfen Wasserstrahl das Transparent zerstören und die Demonstrierenden vollständig nassen (siehe Foto Seite 17). Das brutale Vorgehen gegen die friedliche Demonstration löst viele Proteste aus, u.a. auch im bernischen Grossen Rat.

**Am 4. Juli** muss Arthur Villard seine unbedingte Haftstrafe von 45 Tagen in Witzwil antreten. Es gibt eine Solidaritätskundgebung in Ins. Als Redner treten der Journalist Roman Brodmann, der Schriftsteller Jörg Steiner, Marcel Schwander und Jules Humbert-Droz auf. Es gibt eine Gegenkundgebung, verbale Drohungen, Kappen von Stromkabeln für die Lautsprecheranlage. Gegendemonstranten entreissen den KundgebungsteilnehmerInnen Plakate und Spruchbänder und verbrennen sie.

*Marcel Schwander*, der nach der Kundgebung im Restaurant Bahnhof seinen Korrespondentenbericht für United Press und Tages-Anzeiger verfassen will, wird vom Mob bedroht, der «Hänket ne! Hänket ne!» ruft. Der einzige anwesende Polizist fordert Schwander auf, das Dorf unverzüglich zu verlassen, weil er seine Sicherheit nicht mehr garantieren könne. In der Nähe des Dorfes im Wald haben sich aber während der Kundgebung mehrere Dutzend Kantonspolizisten versteckt, welche die Kundgebung nicht schützen.



**Arthur Villard 1917–1995: Ein Leben für Frieden und Gerechtigkeit.** Aus Anlass seines 100. Geburtstages am 4. Oktober 2017 hat eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe Lebensdaten und Ereignisse zusammengetragen. Unter Redaktion von Ginevra Signer und Philippe Garbani ist eine zweisprachige, 40-seitige Broschüre mit den Stationen seines bewegten Lebens entstanden, aus der wir die wichtigsten Ereignisse herausgegriffen haben. Die Publikation ist für 10 Franken zuzüglich Versandkosten bei der **FRIEDENSZEITUNG** erhältlich. Bestellungen an [info@friedensrat.ch](mailto:info@friedensrat.ch).

**Am 18. März** deponieren Arthur Villard, Fritz Tüller, Marcel Schweizer, Pierre LeCoultré und weitere vier Männer ihre militärische Ausrüstung bei der Kriminalpolizei in Bern, da das Zeughaus am Samstagnachmittag geschlossen war. Sie protestieren damit gegen die Behandlung der Militärdienstverweigerer, das Nichtstun des Parlaments und verlangen einen echten Zivildienst.

**Am 5. Mai** wird auch in Biel der amerikanische Kriegsfilm «Green Berets» («Die grünen Teufel») mit John Wayne gezeigt, der die völkerrechtlich illegale militärische Intervention der US-Armee in Vietnam verherrlicht. Arthur Villard und Fritz Tüller organisieren zusammen mit weiteren Aktiven gewaltfreie Blockaden und nächtliche Plakataktionen gegen den Film. «... weil durch die Kleber sämtliche Telefonkabinen Biels verunreinigt worden waren», wird Arthur Villard von der Post, der damaligen PTT, wegen Sachbeschädigung eingeklagt. Das Telefon der IdK an der Schützengasse 24 in Biel wird vorübergehend gesperrt. Die PTT stellt eine Rechnung von Fr. 182.30, welche von der IdK beglichen wird. Nachdem Arthur Villard sich bereit erklärt, auch die Verfahrenskosten von Fr. 20.– zu übernehmen, zieht die PTT den Strafantrag zurück.

**1968** Am 26. Oktober veranstaltet die IdK im Restaurant St Gervais Biel einen Anlass zum Thema «Gewalt und Gewaltlosigkeit in unserer Zeit». Arthur Villard als Grossrat begrüsst und führt durch den Abend. Hauptredner sind Vo Van Ai (Paris), Sekretär der vietnamesischen Buddhisten in Übersee, und René Bovard, Sekretär der «Etudes et action pour la Paix». Vo Van Ai spricht über den gewaltlosen Kampf der Buddhisten in Vietnam. René Bovard verurteilt die Besetzung der damaligen CSSR durch die Truppen des Warschauer Paktes als eine typische Machtdemonstration der UdSSR. Arthur Villard wird wegen der Deponierung seiner Militäreffekten im März 1967 in Bern zu einer mehrwöchigen Gefängnisstrafe verurteilt. Er muss sie in Zug verbüssen, da er als bernischer Grossrat in der Aufsichtsbehörde über die Berner Gefängnisse sitzt. Bei Strafantritt gab es eine Kundgebung der IdK in Zug.

**1969** Am 13. September organisieren die IdK und der Schweizerische Friedensrat zusammen mit weiteren Orga-



Demonstration vom 13. Juni 1966 vor dem Gefängnis Witzwil.

nisationen eine Grosskundgebung gegen den Besuch des Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Vietnam, General William Westmoreland, in Bern und seinen Empfang durch den Bundesrat. «Als hetzerischer und Hauptredner trat immer wieder der Pazifist und Dienstverweigerer Arthur Villard, bernischer Grossrat aus Biel, mit tremulierendem Pathos auf.» Villard prangert in seiner Rede auf dem Bundesplatz die Kriegsverbrechen von General Westmoreland in Vietnam an. Er erwähnt die Möglichkeit, den Militärdienst aus Protest und Solidarität zu verweigern. Ein Genfer Feldweibel, der selber gar nicht vor Ort gewesen ist, zeigt Arthur Villard im Namen der «Schweizer Vereinigung der Leichten und Mechanisierten Truppen» an: Er habe zur Militärdienstverweigerung aufgerufen.

**Ab September** wird das hetzerische Buch «Zivilverteidigung» durch das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement in 2,6 Millionen Exemplaren, dreisprachig und gratis, in alle Haushalte der Schweiz verschickt. Es gibt ungeahnt viele Proteste gegen dieses Pamphlet, welches Andersdenkende und vor allem -handelnde verunglimpft. Arthur Villard bezeichnet es als «Zuviel Verteidigung». Als Beispiel für die vielen Proteste: Auf dem Bundesplatz in Bern verbrennen jugendliche Juraautonomen etwa 10'000 Exemplare des Buches.

**Am 25. Oktober** erhält Friedrich Dürrenmatt den «Grossen Literaturpreis des Kantons Bern». In einem Überraschungscoup gibt er ihn anlässlich der

Verleihung im Berner Stadttheater an Arthur Villard und an zwei andere sogenannte «Nonkonformisten», Paul Ignaz Vogel und Sergius Golowin, weiter. Dürrenmatt widmet Arthur Villard ein Jahr später auch sein drittes «Psalm-Gedicht» (siehe Seite 19).

**1970** Villard wird am 22. Juni in Bern in erster Instanz vom Vorwurf, er habe anlässlich des Besuchs von Westmoreland zur Wehrdienstverweigerung aufgerufen, freigesprochen. Bundesanwalt Hans Walder legt Rekurs gegen den Freispruch ein. Als Vorbereitung zum Prozess vom 22. Juni bereiten IdK-Aktive eine Aktion vor: Wenn man Arthur Villard wegen Aufforderung zur Wehrdienstverweigerung vor Gericht bringe, dann sollten «sie ihre Militärdienstverweigerungen» kriegen: Anschliessend an den Prozess geben 20 junge Soldaten und eine Frauenhilfsdienstfrau ihre Dienstbüchlein ab. Weitere 50 Männer, die den Militärdienst verweigern wollen, geben im Gerichtssaal eine Erklärung ab. Später treffen aus der ganzen Schweiz weitere Solidaritätserklärungen ein. Schliesslich sind es 77 Personen, welche mit ihrer Unterschrift bestätigen, dass sie bereit sind, aus Solidarität den Militärdienst zu verweigern.

**1971** Gegen den Widerstand der Parteileitung erreicht Arthur Villard zusammen mit anderen die Unterstützung des sozialdemokratischen Parteitags für die Initiative «Für vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot».

Fortsetzung Seite 18

Ebenfalls angenommen wird ein Antrag auf Reduktion der Militärausgaben um zwei Prozent, was zur Anpassung des militärpolitischen Konzepts der SP Schweiz führt. Im Abstimmungskampf setzt sich Villard vehement für die Waffenausführverbotsinitiative ein.

**Arthur Villard** wird am 12. Januar in zweiter Instanz (Obergericht) verurteilt wegen Aufruf zur Dienstverweigerung (Aufforderung und Verleitung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten) an der Kundgebung gegen General Westmoreland in Bern im Jahr 1969. Er erhält einen Monat Gefängnis unbedingt («Rückfall») und 1000 Franken Gerichtskosten aufgebremmt. Der Kassationshof lehnt die Nichtigkeitsbeschwerde ans Bundesgericht ab. «Da der zur Verfügung stehende Saal des Obergerichtes nur eine beschränkte Zuhörerzahl fasste, gab das Obergericht Eintrittskarten heraus: 6 an die Presse, 2 an Beamte der Kantonspolizei (Nachrichtendienst), 20 an Arthur Villard z.Hd. der IdK, 12 an den Unteroftiziersverein der Stadt Bern.» Weitere zirka 30 Personen erwarten das Urteil vor dem Gerichtsgebäude und in benachbarten Restaurants. Arthur Villard verbringt seine Ferien folglich einmal mehr an der «Côte d'Arthur», wie er die Gefängnisaufenthalte während den Schulferien ironisch bezeichnet.

**Die IdK** veranstaltet immer wieder überregionale Treffen, um sich zu beraten. Erwähnenswert ist die Tagung vom 25./26. Januar in der Reformierten Heimstätte Gwatt (bei Thun). Die Versammlung entscheidet mit grosser Mehrheit, die Unterschriftensammlung für die «Münchensteiner Initiative», die am 15. September 1970 lanciert worden ist, nicht zu unterstützen, denn die Initiative sieht einen zivilen Ersatzdienst nur für junge Männer vor, die den Militärdienst mit ihrem Glauben oder mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können. Die Initiative in Form der «allgemeinen Anregung» kommt 1972 zustande. Ihr wird zwar vom Parlament zugestimmt, aber sie wird so restriktiv ausformuliert, dass später Arthur Villard als Nationalrat und die SP-Fraktion die 1977 zur Abstimmung gelangende Vorlage ablehnen.



SA, 28.10.2017, 17h00  
 GEDENKFEIER FÜR ARTHUR VILLARD  
 COMMÉMORATION D'ARTHUR VILLARD  
 (1917 - 1995)  
 EIN LEBEN FÜR FRIEDEN  
 UND GERECHTIGKEIT  
 UNE VIE POUR  
 LA PAIX ET LA JUSTICE  
 STADTBIBLIOTHEK  
 BIBLIOTHÈQUE DE LA VILLE  
 BIEL/BIENNE

**Eröffnung, Begrüssung**

*Clemens Moser*, Direktor der Stadtbibliothek Biel; *Philippe Garbani*, em. Regierungsstatthalter, Biel  
**Grusswort**

*Erich Fehr*, Stadtpräsident Biel  
**Arthur Villard – ein Kämpfer für Frieden und gegen Militarismus**  
*Ruedi Tobler*, Präsident Schweizerischer Friedensrat

**Rezitation «Der dritte Psalm»**  
 von Friedrich Dürrenmatt  
*Hans-Jürg Rickenbacher*

**Musikalische Einlage** Junge Solisten des Konservatoriums Biel  
**Die Aktualität des Pazifismus**

**von Arthur Villard** *Lisa Mazzone*, Nationalrätin, Genf, Co-Präsidentin Schweiz. Zivildienstverband CIVIVA

**Schlusswort** *Philippe Garbani*  
**Apéro** (ab 18.15 Uhr)

**Ort:** Stadtbibliothek Biel  
 Dufourstr. 26

**Datum:** Samstag, 28. Oktober 2017

**Zeit:** 17:00 Uhr (Apéro ab 18:15 h)

Eintritt frei, Kollekte

**Am 31. Oktober** wird Arthur Villard mit der sechstöchsten Stimmzahl aller ParlamentarierInnen (97'000 Stimmen) in den Nationalrat gewählt. In seiner Antrittsrede zum Militärbudget bezeichnet er die «totale Landesverteidigung» als «totalen Blödsinn – imbé-

cillité totale». Villard verlangt mit einer Kleinen Anfrage und später am 13.12.1972 mit einer Motion im Nationalrat, die noch etwa 330'000 Exemplare des Zivilverteidigungsbuchs seien einzustampfen. Die Motion wird Ende 1973 mit 87 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

**Die IdK** hat sich dank der Bekanntheit, dem Mut von Arthur Villard und zahlreichen MitstreiterInnen zur grössten Antikriegsorganisation in der Schweiz entwickelt. Sie setzt sich im Kanton Bern sehr für die Wahl von Villard in den Nationalrat ein. Sie verfügt über mehr als 15'000 gut nachgeführte Adressen und gibt vierteljährlich eine Zeitung in drei Sprachen heraus. Sie ist aber bewegungsorientiert, ohne straffe Strukturen. Arthur Villard hatte das selber als Präsident immer abgelehnt. Arthur Villard wird nicht in die Militärkommission des Nationalrates gewählt – dies trotz grossem Einsatz der SPS und trotz öffentlicher Unterstützung durch einzelne Offiziere.

**1973** Im März nimmt Arthur Villard in Moskau an der Vorbereitungskonferenz für den Weltfriedenskongress vom Oktober 1973 teil und spricht vor der Vollversammlung im Namen des Friedensrates, dessen Büromitglied er ist.

**1977** Der letzte «Kriegsdienstgegner», die Nr. 52, erscheint im Dezember. An seine Stelle tritt ab April 1978 das Magazin «virus», das kein Verbandsorgan mehr ist. Das französische Pendant ist «Le Rebrousse-Poil». Arthur Villard bleibt bis zur letzten Nummer des «Kriegsdienstgegners» Kontaktperson für Biel.

**1979** wird Arthur Villard in die Militärkommission des Nationalrates gewählt. Unvermittelt tritt er von allen politischen Ämtern zurück, erklärt öffentlich am 28. März seinen Austritt aus Gewerkschaft und SP. Er begründet diesen Schritt mit einer Verleumdungskampagne, die gegen ihn im Gang sei. Villard will damit auch gegen den geplanten Verkauf des Volkshauses Biel durch SP und Gewerkschaften protestieren.

**1989** fliegt der Fichenskandal auf: Während Jahrzehnten sind über 900'000 Personen und Organisationen bespitzelt und registriert worden. Bei Militärdienstver-

# Friedrich Dürrenmatt: Schweizerpsalm III

Einst dürstete ich nach deinem Glauben  
Mein Land  
Nun dürste ich nach deiner Gerechtigkeit  
Wahrlich  
Die Ärsche deiner Staatsanwälte und Richter  
Lasten so schwer auf ihr  
Dass ich das Wort Freiheit kaum mehr ertragen kann  
Das du ständig im Maule führst  
Deine Glaubhaftigkeit zu beweisen  
An die niemand mehr glaubt  
Nur noch deine Bankgeheimnisse sind glaubhaft.

Was ist aus dir geworden, mein Land?

Wenn du morgens für die Neger in Biafra und  
anderswo Geld sammelst  
Legst du dich, Bet- und Bettschwester zugleich,  
Abends mit deren Häuptlingen zwischen die Laken  
Deine Waffengeschäfte abschliessend  
Damit jene, mit denen du schläfst,  
Die abknallen, für die du gesammelt hast,  
Und wenn man deine Zuhälter fasst  
Wissen sie von nichts.

Von den Steuerhinterziehern aller Länder unterhalten  
Schenkst du General Westmoreland Whisky ein  
Mit ihm nächtlich auf die Rettung des Abendlandes  
anstossend.

Wehe denen, die anders denken als du  
Deine Lehrstühle  
Hältst du von jedem Stäubchen Marxismus rein  
Dein Patriotismus ist so steril und keimfrei  
Dass auf seinem Boden wirklich nichts mehr wächst  
Jede neue Idee ist für dich eine Seuche  
So lebst du in ewiger Furcht vor Schnupfen und Masern  
Dabei hast du Krebs, du willst es nur nicht wissen,  
Und die Psychiater kratzen sich verlegen hinter den  
Ohren  
Reden sie von dir, doch du lässt nicht mit dir reden  
Wer dir seine Moral predigen will  
Den lässt du deine Moral spüren.

Nichts gegen deine Armee. Dieser wackere Verein  
Verdrosch einst Österreich, Burgunder  
und Deutsche  
Verdrosch die Unterdrückten fremder Unterdrücker  
Doch vor allem verdrosch er sich selber  
Bis er von Napoleon gottseidank so gründlich verdroschen  
wurde  
Dass er seitdem friedlich wurde  
Unsere Grenzen mit seinen Waffen beschützend  
Wie er sich einbildet  
Denn in Wahrheit wurden wir hauptsächlich  
Durch unsere Geschäfte beschützt.

Nichts gegen diesen Verein. Man tritt  
Ihm unfreiwillig bei, steht in den Statuten  
Doch, wenn er sich an jenen vergreift  
Die diese nicht mehr unbedingt notwendig finden  
Greife ich ihn an  
Im Namen der Freiheit  
Die er zu verteidigen vorgibt.  
Er ist nicht die Stütze meines Landes.  
Die Stütze meines Landes sind die, welche denken  
Nicht jene, die mitmarschieren.

Armer Villard  
Das Töten verurteilend  
Wirst du von einem Lande verurteilt  
Das aus dem Töten Profit zieht  
Deine Lauterkeit sei unser Vorbild.  
Deine Tapferkeit werde die unsrige.  
Die Tapferkeit, in einem Lande zu leben  
In welchem es langsam genierlich wird  
Einem Bundesrat die Hand zu reichen.  
Noch sind Wenige, die denken, doch die Mehrheit  
Stampft sie in den Untergrund  
Stempelt sie zu Kanalisationsschweizern. So  
Untergraben sie denn als Maulwürfe  
Den Boden, der dich trägt, mein Land  
Verändernd mit der Zeit  
Was du unveränderlich hältst  
Einen besudelten Schweizerpass in der Tasche.

Aus: Friedrich Dürrenmatt: **Meine Schweiz. Ein Lesebuch** © 1998 Diogenes Verlag AG, Zürich

weigerern gehört ein Auszug aus der Fische zu den Gerichtsakten. Rund 300'000 Personen verlangen in den darauf folgenden Jahren Einsicht in ihre Fischen. Arthur Villard verlangt nie Einsicht in seine Fischen. Aufgrund ausserordentlich vieler Erwähnungen seines Namens in den Unterlagen von vielen anderen Betroffenen kann davon ausgegangen werden, dass Arthur jahrzehntelang bespitzelt, seine Post geöffnet und sein Telefon abgehört wurden. Auch die IdK in Biel an der

Schützengasse wurde beobachtet und ihr Telefon abgehört. Arthur Villard war sich dessen immer bewusst.

**15. Mai 1995** Arthur Villard stirbt im Spitalzentrum Biel an einer Lungenentzündung. In den letzten Jahren vor seinem Tod hat sich sein gesundheitlicher Zustand verschlechtert. An seiner Beerdigung würdigen ihn zwei seiner treuesten Freunde, Marcel Schwander und Jean Ziegler. Fritz Tüller war immer

mit Arthur Villard in Kontakt geblieben. Fritz Tüller stirbt am 23. November 2016 im Alter von 76 Jahren nach längerer Krankheit. Er schreibt 1995 in einem Nachruf für seinen Freund Arthur: «... Obwohl ein ausgezeichnete Redner, sagte er: «Eine Handlung ist mehr wert als tausend Reden.» » Tüller schliesst seinen Nachruf mit folgendem Satz: «Ein grossartiger Mensch hat uns verlassen. Er würde es verdienen, wenn in Biel eine Strasse nach ihm benannt würde.»



*Zu seinem grossen Jubiläum schreibt uns Bruder Klaus*

## Ein Brief von Niklaus von Flüe an unsere LeserInnen

Liebe Leserinnen und Leser  
der **FRIEDENSZEITUNG**

Schlimme Neuigkeiten sind an mein himmlisches Ohr gedrungen, was Frieden in Europa und in der ganzen Welt angeht, weswegen ich gleich meinem «Sekretärsengel» diesen Brief an alle, die an Frieden interessiert sind, diktiert habe. Wie Sie wissen, konnte ich ja weder lesen noch schreiben, bin nur ein einfacher Obwaldner Bauer gewesen, aber ein offenes Ohr für die Sorgen der Menschen habe ich heute wie im 15. Jahrhundert, in dem ich auf Erden gelebt habe. Jetzt lebe ich ewig und bin daher immer mit euch verbunden!

*Ich weiss*, dass 2017 ein grosses Jubiläumsjahr zu meinem 600sten Geburtstag gefeiert wird ([www.mehr-ranft.ch](http://www.mehr-ranft.ch)), an dem man sich an mich erinnert und sich viel mit mir und meiner über alles geliebten Frau Dorothee Wyss beschäftigt in Büchern, Musicals, Theaterstücken, Liedern und vielem mehr. Man hat mich zum Nationalheiligen der Schweiz, ja sogar zum Friedensheiligen Europas ernannt. Das freut und ehrt mich und meine Frau, aber solch ein Titel hat Konsequenzen.

*Ich möchte* nicht zu Tode gelobt und somit auf dem Schrotthügel der Geschichte entsorgt werden! Denn das, was ich damals getan und wofür ich gebetet habe, ist auch heute noch aktuell – natürlich in anderer Form. Ich glaube, viele haben das nicht verstanden, sonst würde man mich nicht so sehr verehren weit über die Schweizer Landesgrenzen hinaus, ja bis in den Libanon. Eigentlich bin ich nämlich der «Heilige des Dia-

logs», der Kommunikation, wie man heute bei euch sagt! Dazu muss ich eini-  
ges in Erinnerung rufen:

□ *Meine Vermittlung* beim Stanser Verkommnis 1481: Heimo Amgrund, mein damaliger Beichtvater und Begleiter, hat mich um Hilfe gebeten, weil die Eidgenossen mit den Hellebarden aufeinander losgehen wollten. Ich habe ihm einen Rat gegeben, der mein Volk damals vor dem Bürgerkrieg bewahrt hat. Lange ist dieser Rat nicht bekannt geworden, aber inzwischen haben kluge Forscher herausgefunden, wie die Botschaft lautete (die ja eigentlich schon seit dem Mönchsvater Benedikt existiert), nämlich: *Seid einander gehorsam!*

*Daran ist* mir ganz besonders zweierlei wichtig: zum einen das *Einander*. Gehorsam ist ein dialogischer Prozess auf Augenhöhe und geschieht miteinander. Ja, und dann das so oft missverständene Wort *Gehorsam*, was nichts mit Hierarchie zu tun hat (in Deutschland gab es mal eine unselige Zeit, wo man es so interpretiert hat: «Führer befehl, wir folgen dir» – das war ein ganz schlimmes Verdrehen dieses so wunderbaren Begriffs). Gehorsam setzt sich aus zwei Wortteilen zusammen: *Ge* meint zum einen etwas, das miteinander geschieht, z.B. viele Büsche sind ein Ge-Büsch, viele Berge ein Ge-Birge usw. Zum anderen ist es das Ende eines Prozesses, z.B. wenn eine Krankheit vorbei ist, ist man geheilt oder auch ge-sund, wenn ein Kind auf der Welt ist, ist es ge-boren usw.

*Gehorsam bedeutet* also: *Vor* einer Entscheidung! – aufeinander hören,

miteinander reden, sich auf Augenhöhe begegnen und dann ge-meinsam zu einer Entscheidung kommen, bei der alle Betroffenen beteiligt und nachher auch einverstanden sind. Das haben sich die Menschen damals in Stans zu Herzen genommen und deswegen ist meine Heimat vor schweren Kriegen bewahrt geblieben bis auf den heutigen Tag.

*Liebe Leserinnen* und Leser, ich habe das Gefühl, dass viele Verantwortliche in Politik und Gesellschaft mich nicht verstehen; entweder können sie nicht oder sie wollen nicht, ich vermute – da es ja intelligente Menschen sind – Letzteres. Ich weiss aus eigener Erfahrung (ich habe ja zu meinen irdischen Zeiten alle politischen und militärischen Ämter innegehabt ausser Landammann – das wollte ich nicht werden), dass es zu allen Zeiten immer wieder Sturköpfe gibt, die von Dialog und letztlich von Gehorsam nichts wissen wollen.

*Deswegen habe* ich mich ja aus allen diesen Ämtern zurückgezogen, weil mir diese Falschheit, diese Verlogenheit, diese Scheindialoge so auf die Nerven gegangen sind, dass ich nicht mehr schlafen konnte, dass ich depressiv wurde, dass ich Essstörungen bekam usw., aber von der Richtigkeit meiner Auffassung bin ich nach wie vor fest überzeugt, und die vielen Menschen, die mich im Ranft besucht hatten – wohin ich als Einsiedler gegangen bin –, bestätigen mir das alles.

*Apropos: Von* wegen Einsiedler. Als ich nicht mehr bei den Menschen war, kamen sie zu mir ins Ranft und fragten mich um Rat, den ich ihnen gerne gab. Schickt doch so manche Politiker auch

mal zu mir, muss ja nicht ins Ranft sein, aber vielleicht in eine Buchhandlung, wo es die neueste Literatur über mich gibt (z.B. «Engel des Friedens auf Erden» oder den offiziellen Gedenkband «Mystiker – Mittler – Mensch»), in der man solche Sachen nachlesen kann und sich buchstäblich zu Herzen nehmen. Es braucht allerdings innere Bereitschaft und ein klein wenig Zeit. *Das* wünsche ich mir zu meinem 600sten Geburtstag!

□ *Ich hatte* viele schwere Entscheidungen zu treffen, weiss also, dass schmerzhafte Entscheidungen sein müssen. Von daher kann ich alle Entscheidungsträger verstehen. Ich habe mich ja 1467 als 50-Jähriger von meiner Familie getrennt. Das war weiss Gott nicht leicht, die schwerste Entscheidung meines Lebens. Da ging es wirklich um alles, nicht «nur» um mich! Ich hätte nach dem damaligen Recht einfach gehen können, da ich mich von Gott zum Einsiedler berufen fühlte (diese Lebensform stand damals über der Ehe – etwas, das man im 21. Jahrhundert nicht mehr verstehen kann). Wäre ich gegangen und hätte meiner Familie nichts gesagt – oder es ihr vielleicht hinterher mitgeteilt und mit schönen Worten begründet (heute sagt man Medienmitteilung dazu) –, das Recht wäre auf meiner Seite gewesen.

*Das ist* gerade in eurer Zeit für Juristen besonders wichtig, dass sie im Einklang mit dem Recht sind (Kirchenrecht, staatliches Recht, Staatskirchenrecht und was es sonst so alles bei euch gibt!). Wohl wissend, dass genau dieses Recht (= Gesetz) meinem Herrn und Meister Jesus Christus letztlich das Leben gekostet hat, wie es bei Johannes 19,7 heisst: «Wir haben ein Gesetz und nach dem Gesetz muss er sterben.» Alles ging bei Jesu Tod juristisch «mit rechten Dingen» zu. Und ich glaube, so mancher Konflikt und Krieg lässt sich formaljuristisch begründen, soweit ich das beurteilen kann.

*Aber – und* dieses Aber ist mir besonders wichtig, ich habe an das Wort Jesu gedacht: «Bei euch soll es nicht so sein» (Markus-Evangelium 10,43) und habe mit meiner geliebten Frau Dorothee und meinen lieben Kindern, vor allem meinem ältesten Sohn Hans, dem ich den Hof überschrieben hatte, alles besprochen, *alles*. Ich habe ihnen erklärt, warum ich gehen muss, wir haben diskutiert, gestritten, waren verzweifelt, haben einander oft nicht verstanden. Aber wir haben miteinander geredet und zwar *vor* der Entscheidung. Wenn

ich mich erinnere, hat der gemeinsame unglaublich schwere Weg fast zwei Jahre gedauert. Aber dann war alles gut, wir konnten versöhnt erhobenen Hauptes einander in die Augen schauen, sie konnten mich gehen lassen und ich ruhigen Gewissens gehen. Und wir sind uns später immer wieder in meiner Klausur im Ranft begegnet, als sie mich besuchten.

*Viele Menschen* fragten damals und fragen heute: «Warum, Niklaus, hast du so gehandelt? Warum bist du nicht «normal» geblieben und hast nach dem Motto gelebt, Augen zu und durch?» Schwierige Frage! In aller Kürze: Ich hatte eine Vision (heute sagt man Brunnenvision zu ihr), in der ich geschaut und gefühlt habe, dass in meinem Herzen und in den Herzen aller Menschen Gott daheim ist. Dieser Kernsatz meines Glaubens hat mich geprägt, hat mir grossen Respekt vor meinen Mitmenschen und mir selbst eingeflösst. Ich *musste* so handeln, ich *wollte* es, um mir selbst treu zu bleiben

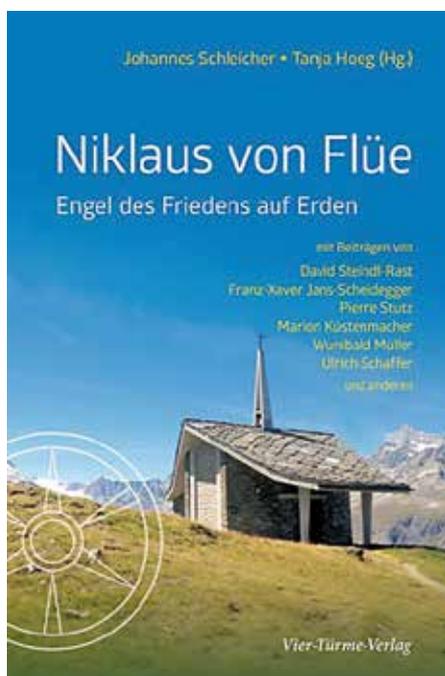
*Ich muss* aufhören, der Brief wird zu lange und meinem Sekretärsengel werden langsam die Finger wund vom vielen Schreiben. Nur eines möchte ich noch loswerden: Ich bin mit euch, die ihr euch für inneren und äusseren

Frieden auf der Welt einsetzt, sehr sehr solidarisch, ihr lebt in meinem Geist, und das ist mir viel wichtiger als grosse Feierlichkeiten und Anlässe zu meinem Geburtstag. Macht's gut, lasst euch nicht unterkriegen, ihr seid nicht alleine, die Zeit wird es zeigen, der moralische Gewinner (bei euch sagt man «Sieger der Herzen»), das seid ihr! Denn von denen, die mir damals das Leben schwer gemacht haben, redet heute niemand mehr, aber mich haben sie heiliggesprochen und jubilierten mir heute zu. In diesem Sinne lasst euch nicht hängen, denn Friede ist allweg in *Gott*, denn *Gott* ist der Friede.

*Euer Bruder Klaus vom Flüeli*

Fast hätte ich's vergessen: Dorothee, meine Frau, sieht es genauso wie ich, sie lässt euch herzlich grüssen!

**Johannes Schleicher**, der «Sekretärsengel» des Mannes aus dem Ranft, geb. 1955, Theologe, Verantwortlicher für Spiritualität der Fachstelle Katholisch bl.bs in Basel und Mitherausgeber des Buches «Niklaus von Flüe – Engel des Friedens auf Erden», war viele Jahre im Haus Dorothea in Flüeli Ranft OW als Bildungsleiter tätig.



– Johannes Schleicher, Tanja Hoeg (Hg.): **Niklaus von Flüe – Engel des Friedens auf Erden**. Vier-Türme-Verlag, Münsterschwarzach 2016, 192 Seiten, Fr. 27.90.

– Roland Gröbli: **Die Sehnsucht nach dem «einig Wesen»**. Leben und Lehre des Bruder Klaus von Flüe. Rex-Verlag, Luzern 2006, 154 Seiten, Fr. 21.90

## Abonnieren Sie den Newsletter des SFR

Seit Dezember 2016 versenden wir unseren neuen elektronischen Newsletter an interessierte Abonentinnen und Abonnenten, uns nahestehende Organisationen sowie Medien. Er erscheint viermal im Jahr, jeweils kurz vor der neuen **FRIEDENSZEITUNG**. Neben einem Hinweis auf Schwerpunkte der aktuellen Ausgabe machen wir auch auf interessante Veranstaltungen und Themen, die uns am Herzen liegen, aufmerksam.

Die ersten drei Newsletter haben ein gutes Echo gefunden. Wir würden ihn gerne allen Interessierten zustellen. Wenn Sie ihn künftig erhalten möchten, melden Sie uns doch Ihre E-Mail-Adresse. Sie wird garantiert nur für den Newsletter und nur alle drei Monate verwendet, damit Sie sich auf die neuste Ausgabe der **FRIEDENSZEITUNG** freuen können.

*Bestellungen an [info@friedensrat.ch](mailto:info@friedensrat.ch)*

## Ein Brief von Monika Stocker an Niklaus von Flüe

**Grüss Gott, Bruder Klaus.** Ich weiss ja nicht so recht, wie man Sie anreden soll – 600 Jahre später – und ehrlich, ich hätte es auch damals nicht gewusst. Ihr Verhalten war mir immer fremd. Ein Mann und Vater verlässt seine Familie, hallo! Vielleicht war da die Sozialarbeiterin, die Präsidentin der Vormundschaftsbehörde aktiver in mir als aller fromme Glauben. Machten Sie es sich da nicht zu einfach? Wie so viele Männer, wenn sie sich einer Aufgabe widmen? Sie ziehen sich vom realen Leben zurück und vergraben sich im Grossen. Eigentlich geht das gar nicht, das kann ich Ihnen sagen. Die Realität ist Autorität und nicht die ganz besondere Ausnahmesituation. Es sei denn, und deshalb mein heiliger Zorn: man(n) delegiert alles an die Frauen. Wissen Sie, hingehen und grosse Politik machen und den Milchpreis festlegen, obwohl man nicht weiss, wie viel ein Liter Milch im Einkaufszentrum kostet, das ist scheinheilig.

Entschuldigen Sie, ich sollte ehrfurchtsvoll sein, demütig und voller Bewunderung. Ich muss Ihnen gestehen, das ist mir im Laufe meines auch schon einige Jahrzehnte dauernden Lebens abhandengekommen. Wie bitte? Aha, Sie meinen, ich soll mich an Ihre Frau, die Dorothee, wenden, sie wäre interessiert, mit mir darüber zu reden. Gut, dann besuche ich sie.

### Ach, Frau Dorothee

Ach, Frau Dorothee, ich wende mich an Sie, obwohl ich meine liebe Mühe habe mit Ihnen. Aber da es nun um eine Ehrung Ihres Gatten geht, ja, was soll ich dazu sagen. Es gibt für mich zu viele Fragen zu ihm, die ich zuerst mit Ihnen klären muss. Das findet er übrigens auch. Ist das okay?

Könnten wir uns für zwei Stunden irgendwo an einen ruhigen Ort setzen, wo weder eines Ihrer zehn Kinder noch eines Ihrer aus der immer zahlreicher werdenden Schar von Enkelkindern herumrennt? Gibt es einen Ort, wo keine Nachbarn und andere Neugierige schauen und hören wollen, was er, der Ihrige, dort unten im Ranft denn so macht und ob Sie ihn sehen und ob ... und ob ... ja, man kann da ja auf allerlei Gedanken kommen. Die Phantasien sind grenzenlos, die Dummheit auch.



Ich komme ja aus einer andern Zeit, und das mag schon Grund genug sein für viele Missverständnisse oder Unverständnis. Aber gewisse Dinge bleiben sich doch gleich. Und da werde ich gleich indiskret: Sagen Sie mal, wollten Sie wirklich zehn Kinder? Wenn ich das so ausrechne, gibt das zehn mal neun Monate Schwangerschaft und wohl nochmals mindestens drei Monate Stillzeit dazu, also rund zehn Jahre Ihres Lebens, wo Ihr Körper nicht allein Ihnen gehörte, sondern ausgeliehen war an das kommende Leben, die kommende Generation. Ich weiss schon, dass es Frauen gibt, die darin schwelgen. Aber unter uns, so easy (ja, dieses Wort kann ich Ihnen jetzt auch nicht differenziert erklären) ist es dann doch nicht, oder? Und jede Geburt ein kleines Sterben der Erfahrung des Absoluten. Ich kann mir

vorstellen, zu Ihrer Zeit kaum anders als heute, eher noch schwieriger, risikoreicher. Wollten Sie das so? Oder wurden Sie gar nie gefragt, weder von ihm noch von irgendwem? Schicksal, nie gewählt, zugeschickt eben? Ich versuche mir das vorzustellen und gestehe Ihnen, ob so oder so: ich bewundere Sie wider Willen.

Und dann das Ansinnen Ihres Gatten: er gehe weg, nicht weit zwar, aber doch endgültig und definitiv. Er wolle, müsse sein Leben leben, seinem Ruf folgen, tun, was zu tun sei. Wie, um Him-

mels willen, tönte das denn in Ihren Ohren? Haben Sie ihn angeschrien, ihm eine Szene gemacht oder seine Entscheidung demütig hingenommen? Wissen Sie, solche Reden führen heute bei uns viele Männer. Sie meinen dann aber mit «das eigene Leben leben» oft: «Ich will meine Ruhe haben», «Das ewige Kindergeschrei nervt mich», oder halb seriös: «Mein Beruf verlangt volle

Konzentration von mir, da haben Windeln und Butterbrote keinen Platz», oder halt feige: «Ich suche etwas Neues, Aufregendes, Kribbelndes». War Ihnen das nie eine Frage? Wenn nicht, so sind Sie die Heilige, so wäre ich dafür, Sie zu feiern und Sie zur Patronin aller verlassenen Frauen und Mütter zu erküren. Aber ich weiss, das passt Ihnen und passt ihm überhaupt nicht, passt auch nicht mehr in unsere Zeit.

### Ich würde die Wände hochgehen ...

Dann war er also fort, lebte unten im Ranft, wurde zum Zielpunkt von Pilgern und Neugierigen. Man fragte bei Ihnen vielleicht nach dem Weg. Wie war das denn für Sie? Er dort, sie hier im turbulenten Alltag? Ich gestehe, ich würde die Wände hoch gehen und wäre überhaupt nicht freundlich. Wenn Sie das immer

bleiben konnten und Verständnis hatten und grosszügig waren und blieben, woher hatten Sie die Kraft? Das würde mich schon interessieren!

Er sei ein Heiliger, sagte man schon damals immer häufiger, heute nach allen Ritualen der offiziellen Kirche klar deklariert. Ach, die Kirche, liebe Frau Dorothee. Was machen wir Frauen nur mit ihr? Sie macht ja nichts mit uns, macht sich nichts aus uns. Für sie gibt es Jungfrauen, Witwen und ab und zu dienende Mütter. Mehr nicht. Frauen, die denken, die Zusammenhänge des Lebens herstellen, die politisch einfordern, was das Leben will und nicht die Machtrituale, das interessiert nicht. Männer der Kirche hielten zu Ihrer Zeit wenig bis nichts von Frauen. Ich gestehe Ihnen, es ist noch heute so. Die Holzhaufen für die Hexen, die inquisitorischen Befragungen und Quälereien, nein, die sind weg. Aber sie sind ersetzt worden, man macht das heute so quasi clean. Denn demütig, wie es Ihr Gatte war, ist keine Rolle in der Kirche. Die Männer pochen auf ihre Positionsmacht und gewähren gnädig den Frauen da oder dort Hilfsfunktionen. Dabei, unter uns, wenn es die Frauen nicht gäbe, so wäre unsere Kirche im Eimer, um das mal hausfrau-lich nüchtern zu sagen, und noch viel mehr von der Welt auch.

### So selbstlos könnte ich nicht sein ...

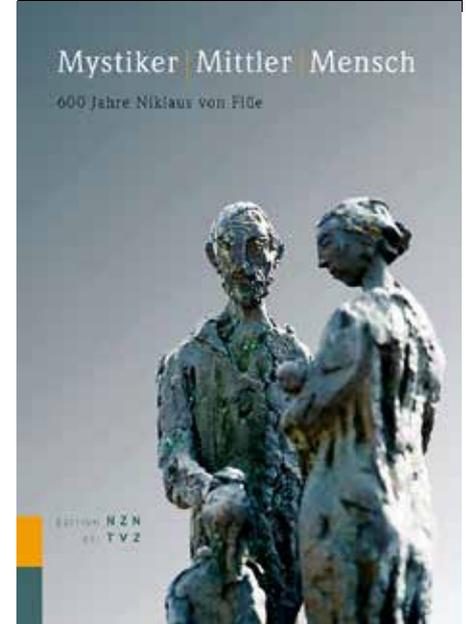
Und dann kam die Zeit, wo er immer

berühmter wurde, wo man seinen Rat einholte, seine Hilfe nachfragte, wo er an die Tagsatzung eingeladen wurde, wo er – vielleicht an Ihnen und Ihrem Haus vorbeiritt auf dem stolzen Pferd, weil man es ihm offeriert hat. Sagen Sie ehrlich, Frau Dorothee, was ging da in Ihnen vor? Kamen Sie sich nicht vor wie das letzte Mäuschen, das man noch so wegtreibt mit dem Besen? Oder war es ganz anders? Sie fühlten sich stolz? Konnten ihn im Gebet und mit guten Gedanken begleiten? Ihn segnen gar? Sie verstehen, da komme ich mir nun klein und hässlich und egoistisch vor, denn ich gestehe, so selbstlos könnte ich wohl kaum sein.

Und jetzt feiern wir ihn. Nicht unkritisch, zu viele instrumentalisieren ihn, sein «Macht den Zaun nicht zu weit» dient für die einen zur Negierung der Realität, für die andern zur Abschottung gegen Menschen in Not und nur selten kommt jemand auf die Idee, dieser Satz könnte mit dem Grössenwahnsinn und der Gefrässigkeit des Kapitalismus zu tun haben. Denn dieser frisst die Welt auf, macht die Natur und die Menschen kaputt. Kaum jemand sagt: Stopp, haltet ein, solange es noch geht. Teilt, verteilt, einer für alle, alle für einen, seid eine Genossenschaft und versprecht einander Unterstützung und haltet die Versprechen! Wir traben alle im Trott wie müde Esel, angebunden an der Tretmühle, unfrei, verklavt.

### ... denn wie es wirklich war, bis ins Innerste bei Ihnen, wer weiss das schon?

Wie feiern Sie? Was feiern Sie? Interessiert Sie das überhaupt? Laden Sie mal ein paar Frauen ein, denen es ähnlich ging wie Ihnen? Das gäbe wohl eine grosse muntere Runde. Ich wüsste da aus dem alten wie dem neuen Testament viele, und dann erst die letzten 2000 Jahre. Da käme eine ganze Frauenbewegung zusammen, die wohl lachen und schimpfen könnte, was das Zeug hält. Oder sind Sie eher für die Stille? Ohne theatralische Gesten, die ja oft mehr verletzen als gut tun; denn wie es wirklich war, bis ins Innerste bei Ihnen, wer weiss das schon. Es gibt eine Gewissheit, die man nicht ansprechen muss, sie ist oft schwesterlich einfach da. Oder wie wäre es, wenn Sie mal an die Öffentlichkeit gingen, eine Tagsatzung für das 21. Jahrhundert einberufen würden? Frauen einladen, die immer wieder den Versuch machten und machen, öffentlich zu werden und Macht zu beanspruchen? Was würden Sie mit



### Das grosse Buch zum Flüe-Jubiläum

Bis heute berührt und bewegt Niklaus von Flüe (1417–1487) Menschen im Innersten. Zu seinem 600. Geburtstag beleuchten über 40 Autorinnen und Autoren die unterschiedlichsten Facetten seiner Verehrung und Wertschätzung. Aus kirchlich-theologischer, mystisch-spiritueller, historisch-politischer und künstlerisch-kultureller Perspektive behandeln sie aktuelle Fragen zu seiner zeitlosen Botschaft, die weder kirchliche noch konfessionelle Grenzen kennt. Zusammen mit seiner Frau Dorothee Wyss ist der Eremit und Friedensvermittler für viele Menschen nach wie vor eine wichtige spirituelle und persönliche Leitfigur. Der Gedenkbund weitet den Blick auf den schweizerischen «Nationalheiligen» und lädt ein, seine Aktualität und Attraktivität neu zu entdecken. Dieser Beitrag von Monika Stocker ist auch in diesem Buch vertreten.

– **Mystiker – Mittler – Mensch. 600 Jahre Niklaus von Flüe.** Trägerverein «600 Jahre Niklaus von Flüe». Edition NZN im TVZ-Verlag, 2. Auflage 2017, 390 Seiten, Fr. 36.80.

diesen debattieren? Welche Themen stünden auf der Traktandenliste, wie wir heute sagen? Ich wüsste einige, die ich gern mit Ihnen und andern debattieren würde. Doch – es ist nicht Ihre Zeit, es ist nicht meine Zeit, es ist leider – wieder – die Zeit der Marktschreier und der Feilscher, der Lauten und der Hämisschen. So schlage ich vor, dass wir uns bei Ihnen treffen, im Flüeli, zu einem Tee, nur wir zwei und falls Sie noch andere Gäste einladen, mich freuts. Wir können auch zusammen schweigen. Manchmal ist das die grösste Feier, der verbindlichste Dank, die wirkliche Stärkung.



### Buchvernissage

**Anna unterwegs.** Leben in Variationen. Mit Bildern von Vroni Grütter-Büchel. Edition Bücherlese, Hitzkirch 2017, 144 Seiten, Fr. 26.–.

Monika Stocker stellt am Dienstag, 26. September 2017, um 19.30 Uhr in der St. Anna-Kapelle (St. Annagasse 11) in Zürich ihr neuestes Buch vor.



Sind internationale Sanktionen nützlich?

# Mehr als Worte, weniger als Krieg

Internationale Sanktionen sind zu einem häufig benutzten Instrument der internationalen Politik geworden. Das gilt auch für die Europäische Union, deren Sanktionspraxis hier besondere Beachtung findet. Noch vor zehn Jahren implementierte die EU im Wesentlichen nur Sanktionen, die zuvor der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossen hatte; inzwischen haben mehr als die Hälfte der EU-Sanktionen keine Grundlage in Sanktionen der UNO oder gehen substanziiell über sie hinaus.

/ Michael Brzoska /

Nach Sanktionen wird häufig gerufen. Sie erscheinen vielen als probates Mittel, um andere Akteure dazu zu bewegen, unerwünschte Aktivitäten zu beenden. Ein markantes Beispiel aus dem Jahre 2016 war die Forderung einer Reihe von deutschen PolitikerInnen, die russische Föderation für ihre Kriegsführung in Syrien zu sanktionieren. Gleichzeitig wird die ausufernde Sanktionspraxis auch kritisiert.

## Bedeutende Sanktionen der EU

Eine Kritik bezieht sich auf die Erfolgsrate von Sanktionen. Wird ihr Erfolg daran gemessen, ob sie sanktionierte Akteure dazu veranlassen, ihr Verhalten so zu ändern, wie es die Sanktionierenden wünschen, sind Sanktionen relativ selten erfolgreich. Ein anderer Kritikpunkt betrifft den Mangel an Konsistenz der Sanktionspraxis. Schwache Akteure der internationalen Politik werden deutlich häufiger sanktioniert als starke; politisch verbündete Staaten deutlich seltener als solche, mit denen politische Spannungen

bestehen. Schliesslich verurteilt eine grosse Zahl von Staaten, insbesondere aus dem globalen Süden, Sanktionen, die nicht von internationalen Organisationen gegen ihre Mitglieder verhängt werden, grundsätzlich als illegitime «unilaterale» Sanktionen.<sup>1</sup>

Dieser Beitrag hat das Ziel, auf der Grundlage der Diskussion einiger grundlegender Aspekte die Nutzung von Sanktionen durch die EU zu beleuchten. Zusätzlich zur Diskussion zu Sanktionen im Allgemeinen werden dafür ausgewählte Beispiele herangezogen, in denen Sanktionen der EU von Bedeutung waren. Dabei zeigt sich zum Ersten, dass zahlreiche Faktoren den Nutzen von Sanktionen beeinflussen. Zum Zweiten zeigt sich, dass es prinzipiell nur im Rahmen eines politischen Gesamtkonzepts möglich ist, die Politik sanktionierter Akteure zu verändern. Zum Dritten können auch Sanktionen, die diese Wirkung nicht haben, sinnvoll sein. Der Beitrag schliesst mit Empfehlungen für die europäische Sanktionspolitik – allgemein und für einen besonderen Fall, den Sanktionen gegen Russland.

## Der Doppelcharakter internationaler Sanktionen

Häufig heisst es, dass Sanktionen – politisch motivierte, den Betroffenen kommunizierte, staatlich verordnete Eingriffe in Interaktionen mit anderen Akteuren der internationalen Politik – mehr als Worte, aber weniger als Kriegsführung seien. Sanktionen haben per definitionem eine kommunikative und eine materielle Dimension.<sup>2</sup> Mit ihnen wird kommuniziert, wie ein als nicht akzeptabel bewertetes Verhalten der Sanktionierten geändert werden müsse, um

Sanktionen zu entgehen. Der materielle Anteil von Sanktionen besteht darin, dass sie die Sanktionierten schädigen. Sanktionen betreffen in der Regel nicht nur jene, welche die Sanktionen verhängen, und jene, gegen die Sanktionen verhängt werden, sondern auch Dritte.

Noch breiter ist das Spektrum der kommunikativen Wirkungen von Sanktionen. Sanktionen senden vielfältige politische Signale – so auch an politische Aktivisten und die Bevölkerung in den sanktionierenden und den sanktionierten Staaten ebenso wie an die Weltgemeinschaft. Sie sind ein Indikator, inwieweit mächtige Akteure der internationalen Politik bereit sind, sich für die Geltung und Durchsetzung von Normen auch auf materieller Ebene einzusetzen, etwa im Bereich der Einhaltung des Völkerrechts und des Schutzes der Menschenrechte.

## Wann sind internationale Sanktionen erfolgreich?

Sowohl in der Politik als auch in der Forschung wird der Erfolg von Sanktionen vorwiegend an Verhaltensänderungen der Sanktionierten gemessen. Das wird aber der Vielschichtigkeit von angestrebten und tatsächlichen Wirkungen von Sanktionen nicht gerecht. Ein drastisches Beispiel dafür waren die umfassenden UN-Wirtschaftssanktionen gegen den Irak zwischen 1991 und 2003. Im Sinne des im Sicherheitsrat ursprünglich vereinbarten Sanktionsziels, den Irak dazu zu bewegen, alle Produktionsanlagen und vorhandenen Massenvernichtungswaffen zu zerstören, waren sie sehr erfolgreich, und zwar, wie Inspektionen internationaler Organisationen nahelegten, schon Mitte der 1990er-Jahre.

Insbesondere die Vetomacht USA erweiterte jedoch die Sanktionsziele, strebte den Sturz der Regierung im Irak an und bestand auf dem Fortbestehen der Sanktionen. Diese hatten zwar die angestrebten umfassenden wirtschaftlichen Wirkungen, aber es gelang Saddam Hussein, seine Macht zu bewahren. Gleichzeitig führten der Einbruch der Wirtschaftsleistung und der Verfall des Gesundheitssektors zu deutlich höheren Sterblichkeits- und geringeren Geburtenraten.

### Die drei Typen von Sanktionen

Ob Sanktionen als erfolgreich beurteilt werden, hängt davon ab, welche Ziele sie haben. Politisch und analytisch nützlich ist es, drei Idealtypen zu unterscheiden: Erstens den Typ von Sanktionen, deren Ziel ein Politikwechsel ist und deren Anlage und Umsetzung gute Aussichten haben, diesen zu befördern (*coerce*). Ein Beispiel sind die erwähnten Sanktionen gegen den Irak nach 1991. Mit dem zweiten Typ sollen vor allem die Handlungsspielräume der Sanktionierten eingeschränkt werden (*constrain*). Diese Absicht liegt vielen Waffenembargos zugrunde.

Beim dritten Typ steht die kommunikative Wirkung im Vordergrund (*signal*). Kriterium dafür ist, dass es unwahrscheinlich ist, dass die Sanktionen das erklärte Ziel, etwa einen Politikwechsel, erreichen können. Ein Beispiel dafür sind die weiter unten angesprochenen EU-Sanktionen gegen Zimbabwe. Die Erfolgsraten des zweiten und dritten Typs gelten nach den meisten Untersuchungen zwar als deutlich höher als die für den ersten Typ, dennoch ist in den meisten Fällen kein Erfolg erkennbar. Wenn Sanktionen trotzdem so häufig verhängt werden, haben sie offensichtlich für ihre Urheber einen Nutzwert über die direkt gemessenen Wirkungen hinaus.

### Wirksame oder irrelevante Sanktionen?

Sanktionen sind nie die einzige Form der Kommunikation zwischen Sanktionierenden und Sanktionierten, sondern in einer vernetzten Welt immer in ein mehr oder weniger enges Geflecht von Beziehungen eingebettet. Das macht die isolierte Betrachtung von Sanktionen problematisch. Manche Sanktionen könnten möglicherweise den angestrebten Erfolg haben, wenn sie nicht durch andere Aktivitäten der Sanktionierenden konterkariert würden. Ein Beispiel hierfür waren

die EU-Sanktionen gegen Usbekistan zwischen 2005 und 2009 als Reaktion auf die Erschiessung von mehreren hundert Demonstranten durch Sicherheitskräfte. Insbesondere die deutsche Bundesregierung arbeitete aber gleichzeitig an guten Beziehungen zur Regierung in Taschkent, um die Nutzung des Stützpunkts Termet als Zwischenstation zur Versorgung der Bundeswehr in Afghanistan nicht zu gefährden.

Aber selbst da, wo scheinbar eine Korrelation zwischen Sanktionen und Verhaltensänderungen feststellbar ist, können sie irrelevant gewesen sein. Auch hierfür ein Beispiel: Im Mai 2000 hatte die UNO ein Waffenembargo gegen Äthiopien und Eritrea verhängt, die sich im Krieg befanden; im Juni 2000 vereinbarten die beiden Staaten einen Waffenstillstand. Die beiden Konfliktparteien einigten sich, bevor die militärische Handlungen einschränkenden Sanktionen Wirkung zeigen konnten.

Die Frage nach der Nützlichkeit von Sanktionen ist einerseits hilfreich, weil sie den politischen Charakter von Sanktionen betont. Andererseits werden Schlussfolgerungen über den Stellenwert von Sanktionen im Rahmen eines Gesamtpakets wirtschaftlicher und politischer Beziehungen erschwert. Antworten auf die Frage, ob es hilfreich war, in einem konkreten Fall Sanktionen zu beschliessen oder nicht, erfordern eine umfassendere Darstellung der Beziehungen zwischen Sanktionierenden und Sanktionierten und der Rolle, die Sanktionen darin haben.

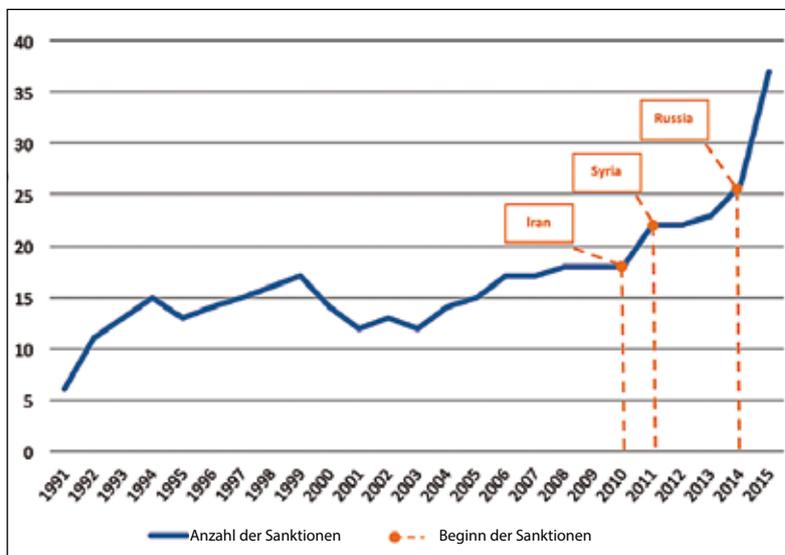
### Fallstricke der Sanktionspolitik

Häufig wird die These vertreten, dass Sanktionen umso erfolgreicher sind, je grösser ihre materielle Wirkung ist. In der Praxis erweist sich das Verhältnis zwischen materieller und Signalwirkung allerdings als komplizierter. Beide Wirkungen können sogar in einen Gegensatz zueinander treten. Ein Beispiel dafür ist der «rally round the flag»-Effekt, den erstmals Johan Galtung 1967 am Beispiel der Sanktionen gegen Rhodesien beschrieb. Sanktionen können den Zusammenhalt einer politischen Gemeinschaft und ihren Willen, die sanktionierte Politik aufrechtzuerhalten, stärken, was insbesondere dann der Fall ist, wenn es der sanktionierten politischen Führung gelingt, die Sanktionen erfolgreich als ausländischen Versuch der illegalen oder illegitimen Einmischung in innere Angelegenheiten darzustellen. Zudem zeigen quantitative Untersuchungen, dass in den sanktionierten Staaten häufig die Repressionen verschärft werden.

Das Konzept der gezielten Sanktionen, das Mitte der 1990er-Jahre als Konsequenz der humanitären und politischen Folgen der Irak-Sanktionen entwickelt wurde, strebt an, dass Sanktionen nur jene Personen oder Gruppen treffen, die für die sanktionierte Politik verantwortlich sind. Allerdings ist offen, was die Sanktionierten dazu bewegen könnte, ihr Verhalten zu ändern, und worauf die Sanktionen ausgerichtet sein sollten: die wirtschaftlichen Kosten für die führenden

Fortsetzung Seite 26

Anzahl Sanktionen der EU im Rahmen der Aussen- und Sicherheitspolitik 1991-2015



Quelle: EU Institute for Security Studies: On target? EU sanctions as security policy tools. Report Nr. 25, Brüssel 2015

den Politiker, ihre Stigmatisierung, die Stärkung der Opposition, eine Veränderung der Machtbalance in der Führungselite oder auch einen *regime change*.

### **Experiment mit offenem Ausgang**

Dafür ist eine hinreichende Analyse der im Einzelfall zu erwartenden materiellen und kommunikativen Wirkungen von Sanktionen von zentraler Bedeutung. Auch dann werden die Sanktionierenden nicht vor Überraschungen gefeit sein. Denn letztlich haben Sanktionierte erheblichen Einfluss darauf, was nach dem Verhängen von Sanktionen geschieht. Aber ohne eine derartige Analyse werden Sanktionen zu einem Experiment mit offenem Ausgang.

Sanktionspolitik sollte in der Theorie flexibel sein, um Entgegenkommen der Sanktionierten honorieren und auf Ausweich- und Gegenstrategien der Sanktionierten reagieren zu können. Während die Vereinten Nationen ebenso wie andere Akteure Sanktionen immer noch ohne Befristung verhängen, hat die EU seit den 1990er-Jahren Sanktionen grundsätzlich nur mit zeitlicher Begrenzung, meist auf ein Jahr, beschlossen. Damit ist gewährleistet, dass zumindest einmal im Jahr eine Debatte über die Fortführung, Aufhebung oder Veränderung stattfindet.

### **Wenn die Ziele verändert werden**

Diese Debatten sind allerdings häufig stärker von der Frage nach Gemeinsamkeit der Mitgliedstaaten als der Nützlichkeit der Sanktionen geprägt. Noch extremer gilt dies für unbefristete Sanktionen der Vereinten Nationen, da deren Veränderung nur möglich ist, wenn kein Veto eingelegt wird. Die Frage, ob UN-Sanktionen befristet oder unbefristet verhängt werden sollen, ist daher häufig heftig umstritten.

Die Bedeutung der vielfältigen Signalwirkungen von Sanktionen zeigt sich besonders deutlich in Diskussionen um deren Aufhebung. Sanktionierende beenden nicht notwendigerweise ihre Sanktionen, wenn das Ziel, das sie zum Zeitpunkt der Verhängung mit ihren Sanktionen angestrebt haben, erreicht ist. Gelegentlich, wie im bereits erwähnten Beispiel der Sanktionen der UN gegen den Irak, werden die Sanktionsziele verändert.

Im Folgenden werden drei aktuelle Fälle von Sanktionsregimen aufgegrif-

fen, in denen die EU eine herausragende Rolle spielte. Sie belegen die Bedeutung der Einbettung von Sanktionen in Kommunikationsgeflechte zwischen Sanktionierenden und Sanktionierten für deren Nützlichkeit.

### **Drei Beispiele der Sanktionspraxis**

Nachdem im Herbst 2015 die UNO ihre Sanktionen gegen den Iran weitgehend aufgehoben hatte, folgte dem die EU Anfang 2016 mit ihren Massnahmen. Das Waffenembargo bleibt aber bestehen. In den Verhandlungen vor dem Abschluss des Atomabkommens im Sommer 2015 wurde das Interesse der politischen Führung an der Aufhebung der Sanktionen sehr deutlich. Bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 2013 hatte der siegreiche Kandidat Ayatollah Rohani damit gepunktet, dass er glaubhaft für eine Politik geworben hatte, die eine Aufhebung der Sanktionen ermöglichte.

Die Kosten der Sanktionen für Iran waren hoch, insbesondere nachdem die EU ab Anfang 2012 weitreichende eigenständige Wirtschaftssanktionen verhängt hatte. Als wichtigster Handelspartner und insbesondere Abnehmer von Rohöl konnte die EU Iran in besonderem Masse wirtschaftlich schaden. Die EU folgte damit den USA, die schon seit der iranischen Revolution 1979 eine Reihe von Sanktionen gegen das Land verhängt und seitdem immer wieder versucht hatten, auch andere Staaten zu Sanktionen gegen den Iran zu bewegen. Das Bekanntwerden des geheimen Atomprogramms Irans im Jahre 2003 erleichterte dies.

### **Die Sanktionen gegen den Iran**

Zudem baute die US-Regierung in den 2000er-Jahren das Instrument der Finanzsanktionen aus und setzte es offensiv ein. Die zentrale Stellung des US-Dollars und nordamerikanischer Banken in der globalen Finanzwirtschaft erlaubt es der US-Regierung, weltweit starken Druck auf Banken und Regierungen auszuüben. Als israelische und US-amerikanische Politiker wiederholt drohten, die Atomanlagen in Iran militärisch anzugreifen, fasste die EU ihren Sanktionsbeschluss. So konnte sie argumentieren, dass militärische Massnahmen verfrüht seien, solange das Druckpotenzial von Sanktionen nicht ausgeschöpft sei.

Nach vorherrschender westlicher Lesart waren die Sanktionen der entscheidende Faktor dafür, dass die Atomverhandlungen im Juli 2015 ein glückliches Ende fanden: Sie brachten Iran zum

Einlenken. Es gibt aber auch, insbesondere in Iran, eine andere Darstellung. Danach sei für den Durchbruch bei den Verhandlungen vor allem entscheidend gewesen, dass die Verhandlungspartner ihre Forderungen abgeschwächt hätten. Zentrale Forderung westlicher Staaten war lange Zeit gewesen, die Urananreicherung in Iran zu beenden. Das Atomabkommen vom Juli 2015 erlaubt Iran nun, unter strenger internationaler Überwachung und mit eingeschränkten Kapazitäten die Urananreicherung fortzusetzen. Zu diesen Zugeständnissen war die iranische Führung schon in den ersten Verhandlungen Mitte der 2000er-Jahre bereit gewesen. Die Urananreicherung vollständig aufzugeben lehnte sie jedoch durchgängig und kompromisslos ab.

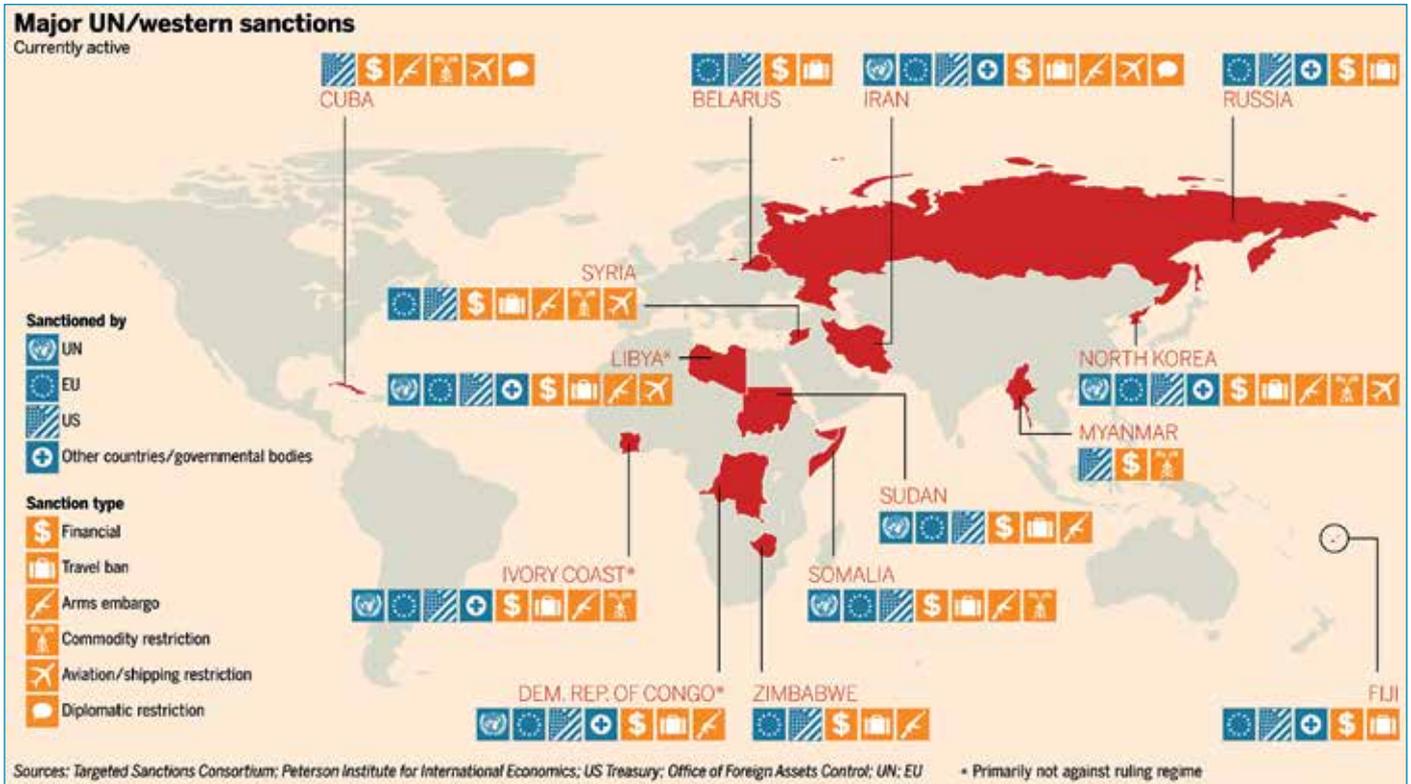
### **Der Iran konnte sein Gesicht wahren**

Wer die beiden Lesarten gemeinsam betrachtet, erkennt ein differenziertes Bild der Wirkung der Sanktionen gegen Iran. Sie führten dort zu hohen wirtschaftlichen Kosten, die weite Teile der Bevölkerung trafen. Aber es ist unwahrscheinlich, dass dies allein gereicht hätte, um die iranische Führung dazu zu bewegen, der bis zum Herbst 2014 von den Sanktionierenden aufrechterhaltenen Forderung nach einem Ende der Urananreicherung nachzukommen. Dazu war auch der «rally round the flag»-Effekt zu stark.

Die Sanktionen entfalteten ihren politischen Nutzen erst, als sich die Verhandlungspartner, insbesondere die USA und die EU, zu grösserer Kompromissbereitschaft durchgerungen hatten und bereit waren, die Hauptforderung Irans nach eigenständiger Anreicherung von Uran zu akzeptieren. Die iranische Führung konnte so ihr Gesicht wahren. Die Sanktionen hatten aber noch einen weiteren Effekt: Ihre offensichtlich harten Wirkungen auf die iranische Wirtschaft erleichterten es den USA und der EU, den Verhandlungsabschluss vom Juli 2015 als Erfolg darzustellen. War es nicht offensichtlich, dass Iran durch die Sanktionen gezwungen worden war, nachzugeben?

### **Die Sanktionen gegen Myanmar**

Dass heute auch die Sanktionen gegen Myanmar vielfach als Erfolgsfall gelten, hätte noch vor wenigen Jahren die meisten Experten sehr überrascht. Als erste Sanktion – parallel zu US-Sanktionen – verhängte die EU im Jahre 1991 ein Waffenembargo, nachdem die



herrschende Militärjunta den Wahlsieg der Partei der Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi nicht anerkannt hatte. Im Laufe der Jahre erliessen die EU und die USA in Reaktion auf massive Menschenrechtsverletzungen weitere Sanktionen gegen einzelne Personen und einzelne Wirtschaftssektoren, insbesondere den Jadehandel.

Allerdings erzeugten sie kaum wirtschaftlichen Druck. Sie trugen aber dazu bei, dass die Führung sich stärker China zuwandte. Die Sanktionen der EU und der USA hatten vor allem kommunikative Bedeutung. Sie signalisierten der regierenden Junta die westliche Ablehnung, waren für die Opposition im Lande wie deren Unterstützer ausserhalb Myanmars von Bedeutung und waren ein Symbol der westlichen Unterstützung menschenrechtlicher Normen. Eine Beendigung der Sanktionen stand deshalb in der EU nie ernsthaft im Raum, obwohl sie bestenfalls marginale materielle Wirkungen zeitigten.

### Die kommunikative Dimension der Myanmar-Sanktionen

Mit einem Generationswechsel an der Spitze des Militärs begann 2008 eine politische Liberalisierung. 2012 fanden Wahlen statt, zu denen erstmals wieder Oppositionsparteien zugelassen waren. 2015 gewann die Nationale Liga für Demokratie, die Partei von Aung San Suu

Kyi, die Wahlen. Zwar hat sich das Militär einige Sonderrechte reserviert, aber die Fortschritte in Richtung Demokratie sind erheblich. Die EU hat die meisten Sanktionen nach den Wahlen von 2012 aufgehoben. Anfang 2017 bestand nur noch ein bis Mitte 2017 befristetes Waffenembargo der EU.

Die westlichen Sanktionen – UN-Sanktionen waren gegen die Interessen Chinas nicht durchsetzbar – waren nicht nur für die moralische Stärkung der Opposition während der langen Zeit der Militärdiktatur von Bedeutung, sondern auch ein Faktor in einer geopolitischen Konstellation, die den Wandel in Myanmar beförderte. Die chinesische Führung wollte ihr Verhältnis zum Westen und zu den südostasiatischen Staaten verbessern und setzte sich deshalb für eine Normalisierung der Beziehungen Myanmars zum Westen ein. Dieses Interesse teilte auch die neue Führung in Myanmar.

Anders als im Fall Irans waren die materiellen Wirkungen der Sanktionen gering. Hingegen war die kommunikative Dimension von Bedeutung: gegenüber der militärischen Elite Myanmars, der innenpolitischen Opposition, aber auch der chinesischen Führung. Sowohl im Falle Irans wie Myanmars wird deutlich, wie komplex und abhängig die Wirkungen von Sanktionen von anderen Massnahmen und Entwicklungen sind.

### Die Krim-Sanktionen gegen Russland

Nach der Übernahme der Kontrolle auf der Krim durch russische Truppen verhängte die EU, wie auch andere westliche Staaten, am 17. März 2014 Sanktionen gegen einige führende russische und ukrainische Politiker. Jene wurden nach der Einverleibung der Krim in die Russländische Föderation am 21. März 2014 durch die EU in mehreren Schritten erweitert und umfassen neben einer Reihe von Einschränkungen des Güter- und Dienstleistungsverkehrs zwischen der Krim und der EU auch personenbezogene Sanktionen. Russland verhängte Gegensanktionen, zum Beispiel zur Unterbindung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus der EU.

Nach dem Ausbruch der Kämpfe in der Ostukraine und dem Abschuss eines Passagierflugzeugs verhängte die EU zwischen Juni und November 2014 eine zweite Gruppe von Sanktionen, die Reise- und Finanzbeschränkungen für eine grössere Anzahl von Personen sowie Einschränkungen des Austauschs in Finanz- und Technologiesektoren umfassen. Im Frühjahr 2015 verknüpfte die EU die Fortdauer der Sanktionen eng mit der russischen Unterstützung des am 12. Februar 2015 in Minsk vereinbarten Massnahmenkatalogs (Minsk-II) zur Umsetzung des Minsker Protokolls (Minsk-I)

Fortsetzung Seite 28

vom 5. September 2014. Minsk-II umfasst über Regelungen zur Sicherung und Überwachung eines Waffenstillstands hinaus weitergehende Massnahmen, so den Abzug aller ausländischen Truppen, eine Verfassungsreform in der Ukraine, die Vorbereitung freier Wahlen in den Gebieten Donezk und Luhansk sowie die Wiederherstellung der Aussengrenzkontrolle durch die Ukraine.

### Bedeutene Finanzsanktionen

Die Einschätzung, welche Wirkungen die Sanktionen haben, wird durch die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage in Russland nach 2014 erschwert. Die stark gesunkenen Ölpreise haben Russland ökonomisch stärker getroffen als die westlichen Sanktionen, doch auch diese haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Zwar hat sich der Anteil der russischen Importe aus sanktionierenden Staaten an den gesamten Importen kaum verringert, aber diese haben stark abgenommen, wozu die Sanktionen beigetragen haben.

Besondere Bedeutung haben dafür die Finanzsanktionen, die russischen Geldinstituten den Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten und ausländische Investitionen in Russland erschweren, gefolgt von den Technologiesanktionen im Öl- und Gassektor. Auch die personenbezogenen Sanktionen – im März 2017 standen auf der Sanktionsliste der EU 152 Personen und 37 Organisationen – sorgen für Unmut bei den Betroffenen.

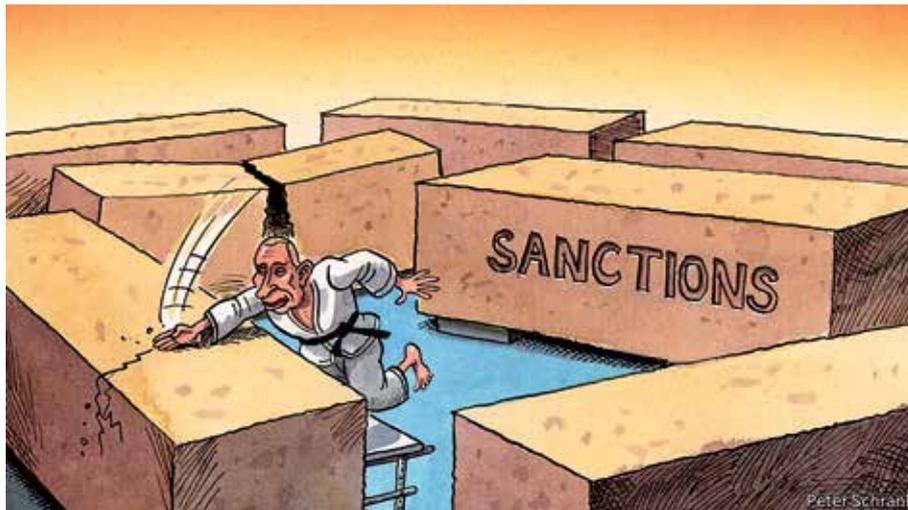
### Halbjährliche Verlängerung

Gleichwohl ist nicht feststellbar, dass die politische Opposition in Russland gestärkt wurde oder innerhalb der Führungselite Kritik an der russischen Ukrainepolitik gewachsen ist. Die in Umfragen gemessenen Zustimmungswerte für Präsident Putin sind weiterhin sehr hoch. Offenbar ist es ihm gelungen, die Sanktionen als illegitime Handlung des Westens darzustellen, die den Zweck haben, Russland zu schwächen.

Im Rahmen des Minsk-II-Prozesses hat sich die russische Regierung nur in begrenztem Masse kooperationsbereit gezeigt. Russland hat sein militärisches Engagement in der Ostukraine zwar nicht weiter ausgebaut, aber auch den abtrünnigen Milizen die Unterstützung nicht entzogen. Keine der unmittelbaren Konfliktparteien hat alle ihre Verpflichtungen umgesetzt, insgesamt ist der Prozess noch weit von den vereinbarten Zielen entfernt. Trotz einiger Diskussionen im Vorfeld wurden im Juni und Dezember 2016 die EU-Sanktionen einstimmig jeweils um weitere sechs Monate verlängert.

### Enge Verknüpfung zwischen den Krim- und den Ukraine-Sanktionen

Die enge Verknüpfung der beiden Sanktionsstränge mit der Rücknahme der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim einerseits und dem Minsk-II-Prozess andererseits kommuniziert der russischen Führung klare Vorgaben für die Bedingungen der Beendigung von



Sanktionen. Im Falle der Krim ist mit einer Änderung des russischen Verhaltens nicht zu rechnen, Sanktionen haben hier aber Signalcharakter.

Über den Minsk-II-Prozess hingegen wird weiterhin aktiv mit Russland verhandelt. Hier haben die Sanktionen eine wichtige Funktion als «bargaining chips», um eine Änderung des russischen Verhaltens zu befördern. Ob dies gelingt, ist von einer Reihe von Faktoren abhängig, vor allem der Kompromissbereitschaft der Regierung in Moskau, aber auch dem Zusammenhalt der EU-Mitgliedstaaten und dem Willen der unmittelbar am Konflikt Beteiligten, Minsk-II umzusetzen.

### Die Glaubwürdigkeit von internationalen Sanktionen stärken

Sanktionen lassen sich nicht nur nach Art und Umfang unterscheiden, sondern auch nach der zu erwartenden Wirkung. Nicht alle Sanktionen sind geeignet, politische Entscheidungen der Sanktionierten zu ändern. Trotzdem können sie politisch nützlich sein, als Begrenzungs- oder Signalsanktionen. Glaubwürdigkeit erhöht die Erfolgsaussichten aller Typen von Sanktionen: als Instrument legitimer Einflussnahme auf den Entscheidungsprozess der Sanktionierten bei den «Erzwingungssanktionen», durch effektive Unterbindung der sanktionierten Aktivitäten bei den Begrenzungssanktionen und durch breit anerkannte Berechtigung von Signalsanktionen.

Sanktionen lassen sich erfolgreich nutzen, um Verhaltensänderungen bei anderen Akteuren der internationalen Politik zu veranlassen und zu unterstützen. Allein können sie wenig bewegen, schon gar nichts «erzwingen». Sie haben deutlich bessere Chancen auf Erfolg,

wenn sie ein nützlicher Beitrag im Gesamtkomplex der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Sanktionierenden und Sanktionierten sind.

Eine nützliche Wirkung können sie vor allem als Element von Verhandlungsprozessen zwischen Sanktionierenden und Sanktionierten

entfalten. Sanktionen sollten prinzipiell mit dem Angebot von Gesprächen verbunden sein, in denen darüber verhandelt wird, unter welchen Bedingungen die Sanktionen aufgehoben werden. Verhängung von Sanktionen, ebenso wie Angebote zu ihrer Aufhebung, müssen weithin als legitim gelten, um glaubwürdig und wirksam sein zu können.

### Sanktionen zur Gewalteinschränkung

Handlungseinschränkende Sanktionen sind vor allem dann sinnvoll, wenn sie, als Waffenembargos, die Möglichkeit der Sanktionierten zur Gewaltanwendung einschränken. Sanktionen, deren Ziel vorrangig die wirtschaftliche Schwächung der Sanktionierten ist, ha-

ben in der Regel Nebenwirkungen, die ihre Glaubwürdigkeit untergraben – bei den dadurch Betroffenen, aber nicht für die sanktionierte Politik Verantwortlichen ebenso wie bei Aussenstehenden, die die humanitären Folgen von Sanktionen beklagen. Durch «rally round the flag»-Effekte werden die sanktionierten Entscheidungsträger häufiger gestärkt als geschwächt.

Als Reaktion auf eklatante Fälle der Verletzung des Völkerrechts und der Menschenrechte haben auch Signalsanktionen ihre Berechtigung. Auch wenn nicht mit Verhaltensänderungen der Sanktionierten zu rechnen ist, signalisieren sie die Bedeutung, die Sanktionierende der Beachtung internationaler Normen beimessen. Sie dienen damit auch der Abschreckung potenzieller Nachahmer. Signalsanktionen sollten als Stigmatisierung derjenigen angelegt sein, die für die Rechtsverstöße verantwortlich sind. Humanitäre Folgen sind so weit wie möglich zu vermeiden, um die ethische Glaubwürdigkeit der Sanktionen nicht zu untergraben.

### **Wirkung von Sanktionen einschätzen**

Für alle Typen von Sanktionen ist es wichtig, vor ihrer Verhängung belastbare Einschätzungen ihrer wahrscheinlichen Wirkung vorzunehmen und diese während der Laufzeit von Sanktionen periodisch zu aktualisieren. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sie nach Art und Umfang den angestrebten Zielen angemessen sind und bleiben. Solche Einschätzungen erfolgen zurzeit für die EU-Sanktionen durch die diplomatischen und anderen Dienste der Mitgliedstaaten und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf Ad-hoc-Basis und – im Gegensatz zu den öffentlich zugänglichen Evaluierungen von UN-Sanktionen – rein EU-intern. Um die Konsistenz der Einschätzungen zwischen den Mitgliedstaaten und die Glaubwürdigkeit ihrer Sanktionspolitik in den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten zu verbessern, sollten Vorab einschätzungen und Evaluierungen von EU-Sanktionen auf EU-Ebene standardisiert und veröffentlicht werden.

Auch auf einem benachbarten Feld wäre eine verbesserte Kommunikation hilfreich. Die EU als wichtiger Sanktionsakteur muss gegenüber der Öffentlichkeit deutlich machen, was durch Sanktionen erreicht werden soll und realistisch erreicht werden kann. Die Unterscheidung von Erzwingungs-, Be-

grenzungs- und Signalsanktionen ist dabei hilfreich. Bei allen Sanktionen ist es zudem von grosser Bedeutung, sie mit umfassender Öffentlichkeitsarbeit in den Regionen, die von Sanktionen betroffen sind, zu verbinden. Die Dürftigkeit der Öffentlichkeitsarbeit für Sanktionen hat in der Vergangenheit häufig zum «rally round the flag»-Effekt beigetragen. Angesichts der grundlegenden Kritik an Sanktionen sollten sie sparsam verhängt werden. Das gilt insbesondere für Sanktionen der EU, die keine Grundlage in UN-Sanktionen haben und deshalb als unilaterale Sanktionen kritisiert werden können.

### **Ukraine-Sanktionen weiterführen**

Was bedeuten diese Empfehlungen für die Sanktionspolitik gegenüber Russland? Solange Russland erhebliche Mitverantwortung dafür trägt, dass die in Minsk vereinbarten Schritte für eine militärische und politische Lösung des Konflikts in der Ostukraine nicht umgesetzt werden, sollten die Sanktionen aufrechterhalten werden. Dies sollte unabhängig von möglichen Änderungen der US-amerikanischen Sanktionspolitik durch die Trump-Administration die europäische Grundhaltung bleiben.

Die Sanktionen sollten in Art und Umfang dem Verhalten Russlands entsprechend verändert werden: eine Lockerung im Falle russischer Kooperation bei der Umsetzung der Minsker Abkommen, eine Verschärfung im Falle russischer Behinderungen des Minsk-II-Prozesses. Russisches Entgegenkommen sollte vorrangig mit dem Abbau der Sanktionen, die nicht personenbezogen sind, honoriert werden, da die weitergehenden Sanktionen eher zu einer Stärkung als zur Schwächung des Regimes in Moskau beigetragen haben.

### **Warum ist Putin nicht auf der Liste?**

Andererseits empfiehlt es sich, die personenbezogenen Sanktionen noch direkter an das russische Verhalten bei der Umsetzung des Minsk-II-Prozesses zu koppeln; ausserdem ist schwer einzusehen, warum etwa Präsident Putin nicht auf der Sanktionsliste der EU zu finden ist.<sup>3</sup> Auf kürzere Sicht wird sich die russische Kooperationsbereitschaft am Kampfesgeschehen in der Ostukraine bemessen lassen, auf längere Sicht – sollte der vereinbarte Waffenstillstand halten – an russischer Unterstützung der vereinbarten politischen Schritte in den Regionen Donezk und Luhansk.

Bei der Dimensionierung der Sanktionen im Rat der EU sind aber noch zwei weitere miteinander verbundene Faktoren von Bedeutung: der Zusammenhalt der EU und die aktive Unterstützung der Umsetzung von Minsk-II durch die Regierung in Kiew. Flexibilität im Verhandlungsprozess mit Russland muss mit der Vermeidung von offenem Streit über Änderungen von Sanktionen innerhalb der EU ausbalanciert werden. Da die Glaubwürdigkeit der EU-Sanktionen gegen Russland durch Verzögerungen im Minsk-II-Prozess, die die Ukraine zu verantworten hat, leidet, hängt der Nutzen der Sanktionen auch vom politischen Druck der EU auf die Umsetzung der Vereinbarungen durch die Regierung in Kiew ab.

Unabhängig vom Fortgang des Minsk-II-Prozesses ist es sinnvoll, die als Reaktion auf die Annektion der Krim verhängten Sanktionen fortzuführen. Der russische Verstoß gegen Völkerrecht und politische Vereinbarungen, wie die Charta von Paris und die Deklaration von Budapest, rechtfertigen diese Signalsanktionen. Die im Frühjahr 2014 verhängten Sanktionen umfassen auch ein Waffenembargo. Auch dieses sollte dauerhaft aufrechterhalten werden, um die russischen militärischen Fähigkeiten nicht durch Zuflüsse von relevanter Technologie von aussen zu stärken. Im Übrigen: Bestünde das Waffenembargo nicht schon, hätte es im Winter 2016 aufgrund des russischen militärischen Vorgehens in Syrien verhängt werden müssen.

Professor Dr. **Michael Brzoska** ist Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg (IFSH). Sein Beitrag erschien im *Friedensgutachten 2017* (siehe Rezension auf Seite 30) und wurde von uns mit Untertiteln versehen.

### **Anmerkungen**

**1** Ein Beleg dafür ist die wachsende Zustimmung zu einer seit 1996 jährlich in der Generalversammlung der UNO mehrheitlich beschlossenen Verurteilung unilateraler Sanktionen. Im Dezember 2016 stimmten 133 Staaten für und 53 Staaten gegen eine entsprechende Resolution.

**2** Die Androhung von Sanktionen wird hier nicht besonders behandelt. Glaubwürdige Androhungen vereinen kommunikative und erwartete materielle Wirkungen.

**3** Die offizielle Begründung dafür ist, dass dies eine zu starke Stigmatisierung einer Person bedeuten würde, mit der man in ständiger Kommunikation bleiben wolle. Aber andere Präsidenten, z.B. der Präsident von Zimbabwe, Robert Mugabe, stehen auf der Liste der EU, und auch für andere Personen auf der Sanktionsliste werden von der EU Ausnahmen von Einschränkungen gemacht, etwa zur Teilnahme an internationalen Konferenzen und Verhandlungen.

# Das Friedensgutachten 2017

Das *Friedensgutachten* ist das gemeinsame Jahrbuch der bundesdeutschen Institute für Friedens- und Konfliktforschung. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen untersuchen die internationale Konfliktrealität aus friedensstrategischer Perspektive. Das diesjährige Gutachten beschäftigt sich vor allem mit den Fragen, die aus der Erosion einer kooperativen Weltordnung anfallen.

Das *Friedensgutachten* wurde erstmals im Jahr 1987 herausgegeben und erscheint seitdem jährlich. In einer einleitenden Stellungnahme der Herausgeberinnen und Herausgeber sowie in rund zwanzig Einzelanalysen werden im *Friedensgutachten 2017* aktuelle Konflikte analysiert, bilanziert und bewertet. Zudem werden aussen- und sicherheitspolitische Fragen betrachtet und konkrete Empfehlungen für die Friedens- und Sicherheitspolitik in Deutschland und Europa formuliert.

2017 bestimmen schwere Turbulenzen die internationale Politik. Die Ansätze für eine kooperative Weltordnung erodieren, die globale Ungleichheit nimmt zu, Hoffnungen auf das Völkerrecht sind zurückgeworfen. Syrien steht für das Versagen der Staatengemeinschaft, Kriegsverbrechen und zahlreiche Gräueltaten zu unterbinden. Annahmen

im Westen, man könne mittels Militär Bürgerkriege eindämmen oder gar Demokratie erzwingen, haben sich nach den Erfahrungen in Afghanistan, im Irak und in Libyen verflüchtigt. Russland agiert in der Ukraine revisionistisch und führt in Syrien einen Krieg um den eigenen Grossmachtstatus. Donald Trumps Wahl markiert eine Zäsur ins Ungewisse. Mit dem Motto «America first» verabschieden sich die USA von ihrer seit 1941 verfolgten Weltordnungspolitik und scheinen Protektionismus an die Stelle multilateraler Zusammenarbeit setzen zu wollen.

Die AutorInnen fragen, wie sich Gewaltkonflikte unter diesen Bedingungen bändigen lassen. Die EU, von Nationalisten und europafeindlichen Populisten mächtig unter Druck, muss sich den dramatisch veränderten Herausforderungen von innen und auch von aussen stellen. Welche Strategien und Instrumente taugen, um Gewaltexzesse zu verhindern und solidarisches und Frieden förderndes Handeln auf den Weg zu bringen? Dazu werden eine Reihe von Friedensprozessen und -verhandlungen analysiert wie etwa in Kolumbien, wo die Hoffnung keimt, es könne gelingen, einen der langwierigsten Bürgerkriege der Welt zu beenden.

In einem engagierten Beitrag kritisieren Andreas Heinemann-Grüder und Philipp Rotmann u.a. die friedensbewegten ZeitgenossInnen, die zu Gräueltaten wie etwa der Zerstörung Aleppos vor einem Jahr geschwiegen haben. Sie weisen akribisch nach, dass der «Mord am eigenen Volk keine innere Angelegenheit» Syriens ist, und schlagen Wege zur Prävention von Gräueltaten vor. Unser Schwerpunkt zu den Wirkungen internationaler Sanktionen (Seiten 24 – 29) stammt aus diesem empfehlenswerten Gutachten. (pw)

Das *Friedensgutachten 2017* wurde im Auftrag des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg (IFS), der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), des Bonner International Center for Conversion (BICC), der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) sowie des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) herausgegeben. Es umfasst 310 Seiten, ist im deutschen LIT Verlag erschienen und für Fr. 16.90 erhältlich.



## 100 Jahre Stockholmer Friedenskonferenz

It's not about Revolution, it's about Peace!

14. September 2017  
Frauzentrum, Zürich



Bremgartnerstrasse 18, Zürich, Roter Raum

Die in Bern im März 1915 abgehaltene Frauenkonferenz war Vorreiterin einer Reihe von sozialistischen Friedenskonferenzen, die unter dem Namen Zimmerwalder Bewegung bekannt wurden.

Im Anschluss an die dritte Zimmerwalder Konferenz fand in Stockholm am 14. September 1917 eine Besprechung der sozialistischen Frauen statt. Was mit einer Frauenkonferenz begonnen hatte, endete zweieinhalb Jahre später auch wieder mit einer Frauenkonferenz.

An der Veranstaltung vom 14. September 2017 im Zürcher Frauzentrum werden 100 Jahre später die Bedeutung der Frauenkonferenzen und der Frauenbewegungen für den Frieden heute und morgen diskutiert sowie aktuelle Entwicklungen betrachtet.

18.00 – 18.30 Uhr: **Frauen im Ersten Weltkrieg.** Mit Katharina Hermann, Historikerin an der Uni Bern. Ausgehend von Schweizer Sozialistinnen schlägt Hermann Brücken zu den bürgerlichen Frauen wie auch zu Frauen in anderen Staaten. Sie zeichnet so ein Bild der Frauenanliegen in dieser Zeit.

18.30 – 19.00 Uhr: **Clara Zetkin und die Friedenserberatung der sozialistischen Frauen in Stockholm.** Mit Marga Voigt, Herausgeberin der Clara-Zetkin-Briefe aus dem Ersten Weltkrieg, Berlin.

19.00 – 19.45 Uhr: Diskussion und Pause.

19.45 – 20.15 Uhr: **Die Schweiz mit Clara Ragaz und Berthe Wicke an der Stockholmer Frauenkonferenz.** Mit Peter Weishaupt, Geschäftsleiter Schweizerischer Friedensrat, Zürich.

20.15 – 20.45 Uhr: **Position of Women for Peace and Freedom today.** Mit Madeleine Rees, WILPF.

21.00 – 21.45 Uhr: **Weil Frauen die Welt bewegen. Women for Peace – yesterday and today.** Podiumsdiskussion mit Katharina Hermann, Madeleine Rees und Natascha Wey, Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz.

Organisiert von der Robert-Grimm-Gesellschaft. Kontakt: Monika Wicki, wickimonika@gmail.com





# Friedenskalender 2018 zu Armenien

# FRIEDENSZEITUNG

DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT



Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die **FRIEDENSZEITUNG**:

Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedenthemen und -arbeit viermal jährlich vierfarbig

- Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
- Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis



Name, Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail anfordern: [info@friedensrat.ch](mailto:info@friedensrat.ch)